Weiter geben! Ankleben!

5. Jahrgang Nr. 17. Einzelnummer 40 Mk.

Schlesische Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlesien
(Sektion der Kommunistischen Internationale)

Bezugspreis: Einzel-Nummer 40.— Mk. Durch Austräger 225.— Mk. pro Woche. Durch die Post 300.— Mk. pro Monat und Nachzahlung des Differenzbetrages an die Produktivgenossenschaft. Redaktionssprechstunde: 5—6 Uhr nachmittags. — Postscheckkonto Nr. 310 50. — Fernsprech-Anschluß: Breslau, Ring 8837

Sonnabend, 20. Januar 1923

Anzeigenpreise: Die 9 gespaltene Millimeterzeile oder deren Raum 20.— Mk. Stellen- und Wohnungsgesuche, Familiennachrichten, Vereins- und Versammlungsanzeigen 5.— Mk. Kleine Anzeigen per Wort 3.— Mark. — Reklame: Die Millimeterzeile 3 gespalten oder deren Raum im Text 75.— Mark.

Arbeiter! Wo habt Ihr Eure Fäuste?

Der Dollar steht auf 22000 Mk. Eure Löhne sinken. Euch werden mit Hilfe der sozialdemokratischen Minister und „Führer" 10% vom kärglichen Hungerlohne geraubt — den Zechenbesitzern schenkt die Regierung Cuno mehr als 600 Milliarden Mark. Die Regierung gibt dieses Verbrechen zu — die sozialdemokratische Presse schweigt schuldbewußt!... Wie lange wollt Ihr Euch noch schweigend verhöhnen lassen?

Breslau, den 19. Januar.

Der Brotpreis ist verdoppelt worden. In einer Woche schraubten die Börsenjobber den Wert des Dollars von 8000 auf 25 000 Mark. Die Margarine ist in einer Woche ein Drittel, das Fleisch um die Hälfte teurer geworden. Der Kohlenpeis ist von den Zechenbesitzern erneut um 67% in die Höhe getrieben worden. Die Regierung hat den Kohlenkönigen vom August v. Js. die Abführung der bereits von den Proleten eingezogenen Kohlensteuer gestundet.

Die Regierung hat dieses Verbrechen unter dem Druck der kommunistischen Partei bereits eingestanden.

40 Milliarden Kohlensteuer hat die Regierung den Kohlenkönigen „gestundet"!

Als das Pumpgeschäft begann, stand der Dollar auf etwa 700 Mark. Heute kostet der Dollar 22 000 Mark. Was damals von den hungernden Massen als Kohlensteuer erpreßt, von den Stinnes, Thyssen, Haniel, Klöckner, Krupp dem Reiche vorenthalten wurde, war 32 mal so viel wert, als heute. Wenn heute diese 40 Milliarden von den Kohlenherren der Regierung auf Heller und Pfennig auf den Tisch gezählt werden — was haben sie dadurch verdient?

600 Milliarden und mehr!

Wer ist für diesen Betrug am Reiche verantwortlich? Die Regierung! Welche? Die Regierung Wirth. Also auch die Sozialdemokraten, die in dieser Regierung saßen. Robert Schmidt war Reichswirtschaftsminister.

VSPD.-Arbeiter!

So haben die Führer der Partei, der Ihr angehört, Eure Interessen wahrgenommen!...

Die gesamte bürgerliche Presse schweigt sich aus über unsere Enthüllung, daß die deutsche Regierung, die die Lohnsteuer den Arbeitern bis auf den letzten Pfennig abzieht, den Kohlenbaronen 40 Milliarden Mark Kohlensteuer geschenkt hat.

Die Organe des Stinnes und die Organe der Volkspartei schweigen. Ihr Gesang ist verstummt.

Die sozialdemokratische Presse schweigt sich darüber aus, daß es der Sozialdemokrat Schmidt war, der als Reichswirtschaftsminister seine Hand zu dieser Schandtat gereicht hat.

Je mehr die bürgerliche und die sozialdemokratische Presse sich ausschweigen, desto klarer beweisen sie, daß sie sich schuldbewußt fühlen.

Die gesamte bürgerliche Presse schweigt sich über die Nachricht aus, daß die Schwerindustriellen, mit Herrn Stinnes an der Spitze, die Not des Reiches auszunützen suchen, um die Eisenbahnen an sich zu reißen.

Die bürgerliche und die Sozialdemokratische Presse kennen das Angebot von Stinnes und wissen ausgezeichnet, daß an unserer Nachricht kein Wort unrichtig ist. Die Franzosen haben das Ruhrgebiet besetzt. Herr Stinnes will die Eisenbahnen „erfassen".

Nicht genug, daß der Preis für den Dollar schwindelhaft in die Höhe getrieben wird, nicht genug, daß die Preise für alle Gebrauchsgegenstände, Lebensmittel im wahrsten Sinne des Wortes dem Dollarwert angepaßt werden, während Eure Löhne dieselben bleiben, nicht genug, daß die Kapitalisten sich weigern, sogar die Kohlensteuer abzuliefern, die Ihr an sie beim Verkauf der Kohlen gezahlt habt, nicht genug, daß die Stundung der Kohlensteuer den Zechenbesitzern durch den neuen Marksturz mindestens einen Gewinn von 600 Milliarden Mark einbringt!

Das alles ist nicht genug!

Am Mittwoch haben die Zechenbesitzer mit Vertretern der Regierung verhandelt über Kredite. Nicht über Kredite, die dem Reiche in der furchtbarsten Lage helfen sollen. Nein! Das Reich soll den Kohlenbaronen, den Stinnes, Thyssen, Haniel, Klöckner, Krupp Kredite geben. Angeblich, damit sie die Bergarbeiter bezahlen können. Die Regierung sagt zu!

Woher nimmt die Regierung solche Kredite? Sie läßt die Druckmaschinen laufen, daß die Achsen glühen, sie überschwemmt das Land mit Papiergeld. Der Dollar steht über 22 000. Er muß bei solcher Wirtschaft weiter steigen, galoppierend. Die Preise hinterher. Der Hunger mit.

Das ist Katastrophenpolitik! Das geht in den Abgrund!

Erst haben die deutschen Kapitalisten die Besetzung des Ruhrreviers provoziert, dadurch, daß sie ihre Taschen zuhielten, dem Proletariat aber alle Reparationslasten aufbürdeten. Jetzt treiben sie den Konflikt mit den französischen Kapitalisten auf die Spitze. Der Kampf zwischen Stinnes und Poincare um die Herrschaft über Kohle und Erz soll auf dem Rücken der Arbeiterschaft Deutschlands und Frankreichs bis zum bittern Ende ausgefochten werden.

Schon erklärt die Regierung praktisch den Kriegszustand. Sie forderte vom Reichstag außerordentliche Vollmachten. Sie will allmächtig werden. Die Regierung, die den Schwerindustriellen, den Stinnes, Thyssen, Haniel, Klöckner, Krupp schamlose Geschenke macht. Die Regierung, die die Arbeiterklasse und den hungernden Mittelstand ins Verderben treibt. Sie will allmächtig sein.

Morgen schon kann der Präsident Ebert zum Belagerungszustand greifen. Es ist Krieg. Die Arbeiterklasse muß gebändigt werden.

Aber das Tollste! Der Reichstag geht in die Ferien. Er will verhindern, daß in Deutschland von einer Tribüne aus die Wahrheit gesagt werden kann. Er will verhindern, daß der Regierung auf die Finger gesehen wird. Stinnes soll herrschen, unumschränkt.

Arbeiter! Was sagt Ihr dazu?

Enthüllung folgt auf Enthüllung. Skandal auf Skandal. Verbrechen auf Verbrechen.

Dieser Tage erst wurde bekannt, daß die Arbeiter mehr als 80 Prozent aller Steuern aufgebracht haben. Da war von den Milliarden-Unterschlagungen noch nichts bekannt. Toller, viel toller also ist die Plünderung der Massen. Schuftiger, dreifach schuftiger der Steuerbetrug der Reichen!

In voriger Woche haben dieselben Kohlenkönige, dieselben Milliardengauner, den Kohlenpreis ungeheuer in die Höhe gesetzt. Ausdrücklich mit der Begründung, sie müßten Kapital in die Hände bekommen. Extraprofit also, den sie herauspressen, indem sie die Massen zu Hunger und Kälte verurteilen. Mitschuldig sind die Gewerkschaftsvertreter, die der Preiserhöhung zustimmten. Mitschuldig ist die Regierung, die die Aufsicht über die Kohlenwirtschaft hat.

Und dazu kommt die Nachricht, daß die Stinnes, Thyssen, Haniel, Klöckner, Krupp die Zwangslage des Reiches benutzen wollen, um ihm die Eisenbahn zu entreißen. Eine Milliarde jährlich wollen sie dem Reich dafür hinwerfen.

Arbeiter! Seht ihr jetzt klar?

Die Kohlenherren haben das Reich in die Finanzschwierigkeiten gestürzt, die zum politischen Bankrott geführt haben. Jetzt fordern sie den letzten Besitz des Reiches und obendrein noch Kredite! Im schmutzigsten Profitinteresse treiben sie das Volk in den Untergang.

Arbeiter! Laßt Ihr Euch das gefallen? Seht Ihr nicht, wie ihr bestohlen, betrogen, verhöhnt und mißbraucht werdet?

Arbeiter! Wo sind Eure Fäuste? Warum schlagt Ihr auf den Tisch?

Die deutsche Schwerindustrie und ihr „Vaterland".

Die schwere Krise, in der sich Deutschland gegenwärtig befindet, bringt alle Geschwüre zum Ausbrechen. Die Fäulnis des Systems wird offenbar. Ein Skandal hetzt den anderen. Es zeigt sich, in welcher Weise die Großkapitalisten den wirtschaftlichen Zusammenbruch des Reiches ausnutzen, um sich zu bereichern und ein Stück der politischen Macht nach dem andern zu erraffen.

Längst bekannt ist, daß Deutschland sich wirtschaftlich nur noch gehalten hat, weil es mit Hilfe der Geldentwertung gelang, die Arbeitslöhne tiefer und tiefer herabzudrücken, ohne die Arbeiterklasse zu entschlossenem Widerstand aufzupeitschen. Bildlich und damit deutlicher gesprochen: Der Schmarotzer der Wirtschaft, das Großkapital, konnte deshalb leben, weil der Stamm verfault und die Saugwurzeln um so besser an die Lebenskräfte heran können. Dieses Aufzehren der Volkskräfte, der lebendigen Arbeitskraft, zugunsten einer verhältnismäßig kleinen Schicht der Kapitalisten ist sozusagen eine ganz legale Erscheinung.

Jetzt aber stellt sich heraus, daß dieselbe Clique von Großkapitalisten darüber hinaus noch die schreckliche Situation der Reichsfinanzen und die politische Krise zu skandalösen Prellereien und Erpressungen benutzt.

Vor kurzem wurden die Einnahmen des Reiches aus den Steuern bekannt. Da stellte sich heraus, daß im Oktober die Arbeiter, d. h. die Lohn- und Gehaltsempfänger, nicht weniger als 72 Prozent der Einkommensteuer und sogar 80 Prozent aller direkten und indirekten Steuern gezahlt hatten. Das bewies den tollen Steuerbetrug, den die Kapitalisten betreiben. Dabei muß berücksichtigt werden, daß von den Umsatzsteuern, die aus dem Massenkonsum herausgepreßt werden, noch etwa 40 Prozent unterschlagen, also nicht an die Reichskasse abgeliefert werden. Und die Umsatzsteuer erbringt den höchsten Betrag.

Im Augenblick der Ruhrbesetzung erhöhte das Kohlensyndikat die Kohlenpreise um etwa 50 Prozent. Als Begründung wurde angegeben, daß diese Preissteigerung nicht allein wegen der erhöhten Löhne und Materialpreise nötig geworden sei, sondern auch, um den Kohlenwerken neues Kapital zuzuführen. Der Kapitalbedarf, der sonst durch Ausgabe neuer Aktien oder durch Ausnutzung des Kredits gedeckt wird, wird also hier befriedigt durch unmittelbare Akkumulation aus dem Elend der Konsumentenmasse. Eine verbrecherische Bereicherung der Gewalthaber der deutschen Wirtschaft! Festzustellen ist dabei, daß sich an diesem Verbrechen auch die Gewerkschaftsvertreter im Kohlensyndikat beteiligt haben, wie überhaupt die Arbeitsgemeinschaften nichts anderes sind als eine große Profitpumpe. Ebenso trägt die Verantwortung dafür die Reichsregierung, unter deren Aufsicht die gesamte Kohlenwirtschaft steht.

Jetzt wird von der Regierung zugestanden, von der Regierung mit dem ungeheuerlichen Finanzbankrott, daß sie seit dem August 1922 den Kohlenindustriellen große Beträge gestundet hat, die je mit den Preisen der Kohlensteuer eingezogen haben. Die Regierung gab einige Monatsstundungen an, die eine Gesamtsumme von über 22 Milliarden Mark ergaben. Ein Sozialdemokrat stellte fest, daß dieser Betrag inzwischen auf 41 Milliarden angewachsen ist. Was das bedeutet, wird erst klar, wenn man die Entwicklung der deutschen Valuta berücksichtigt. Als die Stundung begann, stand der Dollar in Deutschland auf etwa 700 Mark. Jetzt ist er auf 22 000 Mark gestiegen. Man darf annehmen, daß die Steuern, die die Kohlenbarone eingenommen, aber nicht abgeliefert haben, inzwischen auf durchschnittlich ein Zehntel entwertet worden sind. Daraus ergibt sich folgendes: Würden heute diese Kohlenbarone gezwungen werden, die gesamten 41 Milliarden Mark zu dem heutigen Dollarwert abführen, eine Annahme, die angesichts der kapitalistischen Regierung lächerlich ist, so müßten diese Magnaten ungefähr 600 Milliarden

abliefern. Da sie es nicht tun, haben sie durch die Stundung einen Verdienst von mehr als 600 Milliarden Mark eingesteckt. Bei der katastrophalen Weiterentwicklung der deutschen Valuta und gar bei einer Fortführung des Stundungsskandals werden diese Extraprofite ins Ungemessene weitersteigen.

Die Verantwortung für diese verbrecherische Politik trägt in erster Linie die frühere Regierung Wirth, in der Sozialdemokraten saßen und in der der Sozialdemokrat und Gewerkschaftsführer Robert Schmidt das Wirtschaftsministerium innehatte; in zweiter Linie die jetzige Regierung Cuno, die die Ausplünderung der Reichsfinanzen zugunsten des schweren Kapitals weiterbetreibt.

Angesichts der finanziellen Lage des Reiches und der politischen Konsequenzen der deutschen Zahlungsunfähigkeit war diese Politik schon ein glatter Hochverrat. Aber es kommt noch toller. Die Großindustriellen wollen das Reich und damit die Arbeiterklasse ausplündern bis aufs Hemd. Es ist ganz offenbar, daß das Großkapital wesentlich beigetragen hat, die Erfüllungspolitik zu sabotieren und es in die gegenwärtige Katastrophe hineinzutreiben. Die höchste Not des Landes benutzen sie jetzt zur schuftigsten Erpressung. Hier die Tatsachen:

Am 9. Januar brachte der Pariser „Temps" die Meldung, daß deutsche Industrielle, mit Stinnes an der Spitze, durch die Vermittlung luxemburgischer Industrieller sich an die französische Regierung mit der Erklärung gewandt hätten, sie würden der deutschen Regierung eine Anleihe von 18 Milliarden Goldmark unter der Bedingung garantieren, daß ihnen dafür die deutschen Eisenbahnen verpfändet würden.

Offenbar wollte Poincare sich durch Faustpfänder den Stinnes-Leuten gegenüber sichern. Er besetzte das Ruhrgebiet. Darauf wurde aus Paris gemeldet, Poincare habe französischen Journalisten erklärt, die französische Regierung habe Grund zur Annahme, daß die Reichsregierung baldigst zur Einsicht der von ihr begangenen Fehler gelangen werde. Die Industriellen des Ruhrgebietes würden beim Reichskanzler vorstellig werden, und es werde ihnen jedenfalls gelingen, die Regierung zu einer weniger unnachgiebigen Haltung zu stimmen.

Jetzt wird bekannt, daß Stinnes und seine Kumpane der französischen und der deutschen Regierung folgenden Vorschlag gemacht haben: Die Großindustriellen stellen eine Anleihe von 20 Milliarden Goldmark, das heißt, eine Goldmilliarde jährlich Zinsen. Dafür liefern ihnen die deutsche Regierung die Eisenbahnen aus. Es heißt, daß beide Regierungen diesen Vorschlag als geeignete Verhandlungsbasis anerkannt haben. Die Großindustriellen, die die Zwangsanleihe so schamlos sabotiert haben, trefflich unterstützt von der Sozialdemokratie, werden jene Goldmilliarde einfach aus den Gewinnen bezahlen, die sie durch Steuerbetrug gemacht haben. Mit den Eisenbahnen, die ihnen nichts kosten, halten sie dann die ganze Wirtschaft fest umklammert. Der Staat ist zu einem bloßen Schemen geworden. Das ganze Volk von 60 Millionen ist zu einem einzigen Sklavenheer dieser Handvoll Industriekönige geworden.

Was war Panama gegen solche Korruption? Bei den politischen Parteien, die hinter der Regierung stehen — von der nationalistischen Rechten bis zur Sozialdemokratie — weiß man nicht, wo die Dummheit aufhört und das Verbrechen beginnt. Die ganze deutsche Politik ist ein stinkender Kadaver geworden. Die deutsche Bourgeoisie, die sich heute an patriotischen Phrasen vollsäuft, lebt nur noch, soweit sie überhaupt lebt und nicht auch schon verreckt, vom offenen Hochverrat. Das Urteil muß an ihr vollstreckt werden.

Die Regierung gesteht, daß sie den Kapitalisten die eingehobenen Steuern stundete.

Aus dem Reichstag wird uns berichtet:

Auf Grund der im Reichstag zirkulierenden Gerüchte und der Veröffentlichung der kommunistischen Presse über die Stundung von etwa 40 Milliarden Kohlensteuer für die Grubenbarone mußte die Regierung im Haushaltsausschuß des Reichstages Rede und Antwort stehen.

Ein Vertreter des Reichsfinanzministeriums teilte mit, daß tatsächlich von den 5 Milliarden, die die Grubenbesitzer als Kohlensteuer für den Monat September schulden, 4,6 Milliarden, und von den 13 Milliarden, die sie für Oktober schulden, 6,1 Milliarden, sowie von den etwa 22,5 Milliarden für Dezember 11,2 Milliarden, also insgesamt der Betrag von 22 Milliarden gestundet sei. Noch unerhörter als diese Tatsache war die Begründung, die ein Oberberghauptmann als Regierungsvertreter gab. Er behauptete, daß dadurch, daß die Werke für ihre Lieferungen immer erst am Ende des darauf folgenden Monats Bezahlung erhielten, die Werksdirektionen infolge stets eingetretener Geldentwertung ihren Zahlungsverpflichtungen nicht mehr nachkommen konnten. Nach diesem bergründigen Argument aber kam das Tollste. Nämlich, daß die Lohnzahlungen der Arbeiter jetzt etwas rechtzeitiger erfolgen, auch seien doch die Löhne immer erneut wieder stark heraufgesetzt und die Knappschaftsfürsorge erfordere ebenfalls steigende Summen, so daß die Geldknappheit der Gruben sehr erklärlich sei. Die Regierung habe sich deshalb für verpflichtet gehalten, den Lebensnotwendigkeiten der Gruben Rechnung zu tragen und ihnen die eingehobenen Steuerbeträge zu stunden.

Das riskiert ein Regierungsvertreter zu erklären in dem Augenblick, wo der Kohlenpreis für den Zentner auf 2500 Mark heraufgeschnellt ist.

Der Deutschnationale Helfferich erklärte sich mit dieser Auskunft für voll befriedigt. Da unser Vertreter im Ausschuß Helfferich mit heftigen Zwischenrufen energisch entgegentrat, kam es zu einem aufgeregten Auftritt.

Der Abg. Hertz machte als nächster Redner die Mitteilung, daß die Reparationskommission diese Angelegenheit kenne und daß mit den französischen Vertretern über die Milliardenstundung bereits verhandelt worden sei. Er erklärte die Auskunft der Regierung für absolut unbefriedigend. Ihm sei von dem Staatssekretär Zapf zugegeben worden, daß im November nur 7 Milliarden Kohlensteuer eingegangen und 30 Milliarden Steuern den Grubenbesitzern gestundet seien. Danach sei der Gesamtbetrag der Steuerstundung also fast 41 Milliarden.

Helfferich und Dr. Quaatz von der Stinnes-Partei verteidigten im Anschluß daran noch einmal die unerhörten Regierungsmaßregeln.

Genosse Koenen als Vertreter der KPD. stellte fest, daß die Stundung der Steuern nicht zur Preisherabsetzung diente, sondern umgekehrt, daß trotz Steuerstundung die angebliche Geldknappheit der Gruben gerade als Begründung für die letzte schamloseste aller Kohlenpreiserhöhungen herhalten mußte. Mit hohen Preisen werde den hungernden und frierenden Arbeitern die Kohlensteuer rücksichtslos abgenommen, um sie nicht für das bankrotte Reich, sondern für die Bereicherung der Schlotbarone zu verwenden, die durch diese Steuersummen Milliarden an Zinsen sparen und viele Milliarden durch die inzwischen eingetretene Geldentwertung glatt verdienten. Die Bergarbeiterlöhne mit als Regierungsbegründung für das Milliardengeschenk an die Schlotbarone heranzuziehen, sei direkt aufreizend, da tatsächlich der Reallohn der Bergarbeiter ja gar nicht gestiegen, sondern in den letzten drei Monaten wieder um 30 Prozent gesunken sei und durch die neue Geldentwertung bei einem Dollarstand von 16 000 erneut um 50 Prozent in wenigen Tagen herabgedrückt werde. Die Zahlungsschwierigkeiten der Gruben sind faules Gerede. Die Arbeiterschaft ist dauernd in den gräßlichsten Zahlungsschwierigkeiten, aber ihnen hilft keine Regierung durch Stundungen; ihnen nimmt man die Verbrauchssteuern, die Verkehrssteuern und die schändliche Lohnsteuer immer im voraus in relativ vollwertigem Gelde ab. Drei Viertel der Reichseinnahmen stammen aus diesen Steuern der Minderbemittelten, und die Regierung wirft diese Schweißgroschen den habgierigen Kapitalisten in den Rachen.

Zur Beschlußfassung kam es im Ausschuß noch nicht, da die Sozialdemokraten dazu noch erst in einer Fraktionssitzung Stellung nehmen wollen. Ihre Arbeitsgemeinschaftspolitik und die Mitverantwortung des bisherigen Reichswirtschaftsministers Schmidt für diese Schandwirtschaft läßt trotz aller Aufregung die Herren Sozialdemokraten nicht zu einer raschen Entscheidung im Sinne des Proletariats kommen.

Genosse und Genossin!

Wenn Ihr diese Zeitung gelesen habt,

so gebt sie weiter an Eure in der VSPD., USPD. organisierten oder indifferenten Kollegen und Kolleginnen!

Die deutsche Regierung droht den Franzosen mit den Kommunisten!

Eine Schweizer Nachrichtenagentur meldet aus London: Die deutsche Regierung habe der englischen mitgeteilt, daß sie ihr Möglichstes versuchen werde, um Zwischenfälle bei der Besetzung des Ruhrgebietes durch die Franzosen zu vermeiden. Sie könne aber nicht garantieren, daß solche Zwischenfälle nicht durch Gewerkschaftsmitglieder oder Kommunisten doch hervorgerufen würden!

Wenn diese Nachricht zutrifft, so würde man hier dieselbe Taktik erblicken, die bereits die deutsche bürgerliche Presse bei der Besprechung der Vorgänge im Ruhrgebiet anwendet: Deutschvölkische Demonstrationen und Zusammenstöße mit den französischen Truppen werden den Kommunisten in die Schuhe geschoben. Warum? Weil man die Einheitsfront des deutschen und französischen Kapitals gegen die kommunistischen Friedensstörer vorbereiten will.

Pest und Cholera — Donner und Doria.

Wenn der furor teutonicus über ein wahrhaft treuteutsches Gemüt kommt, dann gibt der betreffende sittlich-religiöse Barde Gans und Volksgenosse Rezepte gegen den Feind, die [illegible] lassen können. In der „Straßburger Zeitung", allda wo des teutschen Gemütes Geldbeigelein [illegible], erzählt ein Herr Rudolf Lebius, welch ein Mittel dem Deutschen, bieder, fromm und stark, wie er ist, zur Verfügung steht:

„Verbreitung von Cholera und Pest. Die Möglichkeit hierzu liegt vor, weil an jeder Universität die Keime dieser Krankheiten in Kulturen gezüchtet werden."

Herrn Lebius genügt es offenbar nicht, daß die deutschen Soldaten während des Krieges in Belgien und Frankreich Syphilis und Tripper verbreiteten, ohne die Keime dazu in den Universitätskliniken zu nehmen. Der gute Mann geht aufs Ganze. Nur vergißt der tapfere Bursche zu sagen, wie sich eigentlich die deutsche Bevölkerung die Verbreitung dieser auf den Universitäten gezüchteten Seuchen vorstellt. Es wäre gut, eine Verbreiterung des Raumes in den Irrenanstalten vorzunehmen, um Narren wie diesen Lebius, die mit ihrem hirnlosen nationalistischen Geschwätz haltlose Dummköpfe verrückt machen können, wenigstens unschädlich zu machen und, falls schon an ihnen irgendwelche wissenschaftliche Experimente gemacht werden sollen, den Versuch zu machen, durch Ueberpflanzung eines Ochsengehirns ein derartiges Subjekt halbwegs vernünftig zu machen.

Ungeachtet dessen lebt er noch!

Der Admiral Scheer, der im Skagerrak den Fischen der Nord- und Ostsee gutes Futter geliefert hat, wofür er ein Held genannt worden ist, und der auch den Oberschlesiern vom letzten Wahlkampf her bekannt ist, hielt in München einen Vortrag, dessen Grundgedanke war: „Lieber tot als Sklave!" Es ist uns nicht bekannt, ob auch dieser Herr, wie Ludendorff, sein Kumpan, seine Memoiren an die Presse der englischen Scharfmacher verkauft hat. Bekannt aber ist uns, daß er leben wird, wenn die deutschen und französischen Sklavenhalter sich über diejenigen stürzen werden, die Herr Scheer jetzt zum Sterben auffordert, was schon deshalb kaum nötig ist, weil sie vor Hunger krepieren werden, wenn sie die Leute vom Schlage des Scheer nicht bald dahin bringen, wohin sie gehören: ins Kittchen und vor das Revolutionstribunal.

Die Einheitsfront.

Wie in Stuttgart und anderen Orten, so ist auch in Insterburg (Ostpreußen) die nationalistische Einheitsfront von VSPD. bis zur Orgesch komplett. Es fand eine Versammlung von Vertretern aller möglichen und unmöglichen Körperschaften, Wirtschaftsverbänden, Organisationen und Vereinen statt, in denen nach nationalistischen Taten geschrien wurde und mit Zustimmung der Sozialdemokraten eine entsprechende Resolution angenommen wurde. In Recklinghausen haben die Sozialdemokraten [illegible] Versammlung mit Paul Levy zugunsten eines nationalistischen Rummels mit den bürgerlichen Parteien abgesagt; in der Kundgebung wurden sämtliche vaterländischen Lieder heruntergebrüllt, und die Sozialchauvinisten sangen begeistert mit. Der sozialdemokratische Redakteur des „Volksfreund" benahm sich ganz besonders toll, schwenkte begeistert den Hut und brüllte das Deutschland-Lied. Unser Genosse Maslowski, der in der Kundgebung den Standpunkt der Kommunisten darlegen wollte, wurde niedergebrüllt. Und dabei schrieb selbst ein sozialdemokratisches Organ, die „Bremer Volkszeitung": „Was, mit diesen Hundeseelen eine Einheitsfront? Das Schild der kämpfenden Arbeiterschaft wäre für immer beschmutzt!" — Nun, die kämpfende Arbeiterschaft hat mit den Hundeseelen in der sozialdemokratischen und bürgerlichen Front nichts gemein.

Der sozialdemokratische Hamburger Polizeisenator provoziert die Arbeiterschaft.

Ihrer proletarischen Pflicht, das Gedenken der gemeuchelten Helden der Revolution, Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, zu ehren, war auch die „Hamburger Volkszeitung" am Montag nachgekommen. Auf dem Gebäude an der Börsenbrücke in Hamburg hatte sie ihre rote Fahne auf Halbmast gesetzt. Das Schiebergesindel und die Börsenjobber, die täglich das Gebäude der „Volkszeitung" passieren müssen, hatten im Laufe des Vormittags Anstoß daran genommen. Sie veranlaßten denn auch einen Sipobeamten, die „Hamburger Volkszeitung" freiwillig zum Einziehen der Fahne zu bewegen. Das wurde natürlich strikte abgelehnt. Den sozialdemokratischen Polizeisenator hatten die „Beschwerden" der Börsenjobber nicht ruhen lassen. Als williges Werkzeug des bürgerlichen Mobs gab er seiner Kriminalpolizei den Befehl, die Fahne gewaltsam einzuziehen, falls ein freiwilliges Einziehen von der Geschäftsleitung verweigert werden sollte. Durch ein starkes Aufgebot von Sipobeamten wurde das Schloß der Tür zum Dach aufgebrochen und die Fahne eingezogen. Als dann sofort eine zweite Fahne gehißt wurde, holte die Polizei auch diese herunter. In der inzwischen eingetretenen Dunkelheit wurde unter dem jubelnden Beifall der auf der Straße versammelten Arbeiter die dritte Fahne aufgezogen.

Der sozialdemokratische Polizeisenator Hamburgs ist um den traurigen Ruhm reicher geworden, auf Geheiß des Bürgertums dem revolutionären Proletariat zu verbieten, „seine Toten zu ehren. Die Hamburger Arbeiter werden auch weiterhin die Antwort nicht schuldig bleiben.

Der Klassenkampf im Ruhrgebiet.

In Rheinland-Westfalen haben die Freien Gewerkschaften Remscheids den von den reaktionärsten Schichten der Bourgeoisie inszenierten nationalistischen Rummel nicht mitgemacht und richteten einen Aufruf an die Arbeiterschaft, in dem sie den „nationalen Proteststreik" der Gewerkschaftsführer für Solidarisierung mit dem Unternehmertum erklärten. Sie forderten die Arbeiterregierung und schärfsten Kampf gegen den nationalen und internationalen Kapitalismus. Auch die Kruppaarbeiter der Abteilung Union Essen haben gegen die Regierung und die Sozialchauvinisten Stellung genommen, ebenso auch die Essener Metallarbeiter und andere revolutionäre Arbeiter in den Betriebsversammlungen. Die Arbeiter von Zeiß in Jena stellten sich einmütig hinter die Forderungen der Berliner Betriebsräte, gegen Besetzung des Ruhrgebiets, gegen Nationalismus und Regierung Cuno, für proletarische Einheitsfront, Erfassung der Sachwerte und Arbeiterregierung. Um den Kampf für diese Forderungen erfolgreich vorzubereiten, forderte die Versammlung vom Vollzugsausschuß der Jenaer Betriebsräte, sofort in einer Betriebsrätevollversammlung zur Lage Stellung zu nehmen und Maßnahmen von den Spitzenorganisationen zu fordern.

In einer VSPD.-Versammlung in Deutsch-Eylau hatte der kommunistische Redner, Genosse Drescher-Elbing, solchen Erfolg, daß die sozialdemokratische Resolution zu Fall gebracht und mehrere Aufnahmen für die KP. in dieser VSPD.-Versammlung gemacht wurden.

Severing für die Große Koalition.

Herr Severing, der preußische Innenminister, ist sich der Größe seiner Aufgabe bewußt: neben der Kommunistenverfolgung hat er sich persönlich in einem Aufsatz der „Sozialistischen Monatshefte" bemüht, den Eintritt der sozialdemokratischen Führer in ein erweitertes Kabinett Cuno als das „Gebot der Stunde" zu bezeichnen. Mit Hurra für Stinnes und gegen Frankreich ein in die Große Koalition — das ist heute die „revolutionäre" sozialdemokratische Forderung des Tages!

Verbrecher.

Mit großem Tamtam war in der Presse mitgeteilt worden, die Verlegung des Kohlensyndikats und die Zertrümmerung des technischen Apparates der Kohlenverteilung sei mit Zustimmung aller Vertreter der Arbeiter zustande gekommen. Dazu erklärt der sozialdemokratische Abgeordnete Limbertz in der „Essener Arbeiterzeitung":

Er und der Vertreter der Afa im Aufsichtsrat des Kohlensyndikats hätten gegen die Maßnahme gestimmt und gegen die Maßnahme in der Generalversammlung gesprochen.

Also in diesem Falle, wie in so vielen anderen, wird die Oeffentlichkeit ganz bewußt belogen und beschwindelt. Bemerkenswert ist allerdings, daß sich die sozialdemokratische Presse über die unverschämte Fälschung der Kapitalisten sorgsam ausschweigt. Sie machen sich zu Helfershelfern der skrupellosen Verbrecher, alle jene Leute, die Fälschungen unwidersprochen passieren lassen, die das Volk nicht aufklären über das gemeingefährliche Treiben des Schwerkapitals. Und die Sozialdemokraten sind die schlimmsten Helfershelfer. Herr Limbertz deutet in seiner öffentlichen Erklärung geheimnisvoll an, daß sich hinter den Maßnahmen des Kohlensyndikats ganz gefährliche Anschläge gegen das Volkswohl verbergen. Aber er sagt nicht, um was es sich handelt. Obwohl das Treiben der Verbrecher unmittelbar in einen neuen mörderischen Krieg hineintreiben kann, hält Herr Limbertz „die Zeit zur Abrechnung mit den Katastrophenpolitikern" für noch nicht gekommen. Er fordert nur auf, gegenüber den nationalistischen Provokateuren und Saboteuren einen scharfen Trennungsstrich zu ziehen.

So schreibt man, und so beschwindelt man die Oeffentlichkeit. Was tun die Gewerkschaftsführer? Sie paktieren mit den Kohlenkapitalisten! Sie unterstützen die nationalistische Hetze! Sie machen sich zu Mitschuldigen der Verbrechen der Katastrophenpolitiker!

Massenkundgebung der Arbeiterschaft Augsburgs gegen den nationalen Rummel.

Die Massenkundgebung der Augsburger Kommunisten gegen die nationale Phrase am letzten Sonntag war ein voller Erfolg. Tausende von Arbeitern zogen mit roten Fahnen durch die Stadt. Auf dem kleinen Exerzierplatz fand eine Kundgebung statt, wo Genosse Kreh vom Fünfzehnerausschuß der Berliner Betriebsräte referierte. Einmütig wurde eine Entschließung angenommen, die betont, daß die revolutionären Arbeiter [illegible]burgs den nationalen Rummel ablehnen. Ein Ver[illegible]t, wer jetzt in Burgfriedensduselei sich einfangen lä[illegible] Kundgebung hat gezeigt, daß die Augsburger Arbeiter entschlossen sind, dem Faszismus und der ganzen nationalistischen Meute entgegenzutreten.

Faszistische Eisenbahnpolizei in Italien.

Mussolini hat eine neue wichtige Tat vollbracht: er hat eine besondere faszistische Eisenbahnpolizei geschaffen! Diese Polizeitruppe, Jünglinge in schwarzen Blusen, mit Gewehr und Revolver, hat bereits auf verschiedenen wichtigen Bahnlinien ihre Tätigkeit begonnen. Der Hauptzweck dieser Truppe ist die Terrorisierung der Eisenbahner.

Schlesische Rundschau.

Das Kinderelend im Bezirk Liegnitz.

Die Pressestelle des Oberpräsidenten teilt mit:

Aus einem Bericht des Regierungspräsidenten in Liegnitz an den Minister für Volkswohlfahrt geht hervor, daß der Ernährungszustand der Bevölkerung des Bezirks sich auch für ländliche Kreise wie Sprottau, Freystadt, Bunzl( ) und Glogau, mindestens in den Städten dieser Kreise, in den letzten Monaten zesehends verschlechtert hat. Von den Kindern der Kinderbewahranstalten der Stadt Sprottau bezeichnet der Kreisarzt kaum ein Fünftel bis ein Viertel normal aussehend. Wenigstens die Hälfte dieser Kinder und der Schulkinder muß als unterernährt bezeichnet werden. Die Zahl der Speisungsbedürftigen Kinder schwankt für die vorwiegend ländlichen Kreise zwischen 23 und 33 Prozent. Die Tuberkulose nimmt stark zu. Im Landkreise Görlitz wurden im Jahre 1922 120 Heilverfahren gegen Tuberkulose gegen 6 bis 12 Heilverfahren in den Jahren vor dem Kriege in die Wege geleitet. In der Stadt Görlitz starben im Jahre 1921 117, im Jahre 1922 156 Personen an Tuberkulose. Einer vermehrten Zahl von Todesfällen steht eine Geburtenabnahme gegenüber. Die Geburtenzahl belief sich in Görlitz 1920 auf 1895, 1922 auf 1393, während die Zahl der Todesfälle in den gleichen Jahren von 1376 auf 1488 gestiegen ist. Die schulärztliche Untersuchung der mehr als 10 000 Schulkinder bis zum Alter von 14 Jahren in Görlitz ergab im Januar 1921 37,4 Prozent gut- und mittelernährte, 31 Prozent unterernährte und 14 Prozent stark unterernährte Kinder, während eine im Juni 1922 vorgenommene Untersuchung 24,4 Prozent gut- und mittelernährte, 44,4 Prozent unterernährte und 31 Prozent stark unterernährte Kinder ergab. In den letzten Monaten hat die Konstitutionsverschlechterung nach übereinstimmender Angabe der Schulärzte in Görlitz merklich weiter zugenommen. In der Stadt Penzig waren 35 Prozent der Schulrekruten überhaupt nicht schulfähig, in Moys wiesen mehrfach fast siebenjährige Kinder bei weitem nicht die Maße der sechsjährigen Kinder auf.

*

Diese lakonischen Zahlen zeigen das grausige Elend des Proletariats. Sie strafen alles Gerede von den hohen Löhnen der Arbeiter Lüge und geben Zeugnis von dem verräterischen Versagen der Gewerkschaften. Diese Zahlen zeigen, daß unsere „freie" Republik für das Proletariat nichts weiter als eine Hungerrepublik ist, die jedem Arbeiter die Freiheit gibt, zu verhungern. Den Kapitalisten aber gibt sie die Freiheit, zu schlemmen und zu pressen, und ihre Hunde mit Milch zu füttern.

Wie anders sieht es doch drüben im Osten aus, wo die „barbarischen" Bolschewisten herrschen. Gewiß, dort haben Hungerkatastrophen das Land durchzuckt, dort mußte das Arbeitsvolk Pulver und Blei schaffen, statt Brot zu backen, es mußte Maschinengewehre bedienen, statt den Pflug, um die kapitalistischen Räuber fernzuhalten. Aber die Kinder in Sowjet-Rußland brauchen nicht zu hungern und zu darben, sie sind nicht tuberkulös und unterernährt. Für sie hat die Rätemacht gesorgt. Untergebracht in Schlössern der zaristischen Edlen, erhalten sie die beste Nahrung, die beste Erziehung. In ihnen reift das neue Geschlecht heran zum roten Aufbau, gesund und munter an Körper und Geist.

Das, Arbeiter Schlesiens, ist der Unterschied zwischen Deutschland und Rußland. Bei uns Hungertod, selbst den Kleinen, in Rußland großzügige Fürsorge für die Kinder.

Gewerkschafts-Bewegung.

Genosse Grothe aus dem Transportarbeiterverband ausgeschlossen.

Unser Genosse Hermann Grothe, der Vorsitzende des Reichsausschusses der Betriebsräte, erhielt vom Vorstand des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes (jetzt Deutscher Verkehrsbund) das nachstehende Schreiben:

Deutscher Verkehrsbund Sitz Berlin.

Berlin, 8. Januar 23.

Der Vorstand

Büro: Berlin SO. 16, Michaelkirchst. 1
Fernsprech-Anschluß: Amt Moritzplatz
950, 2483, 11 169 11 864, 16 206.

P. J.

Herrn
Hermann Grothe
Berlin SO., Raudnstr. 71.

In der letzten Vorstandssitzung ist beschlossen worden, Sie aus unserer Organisation auszuschließen. Der Grund ist folgender: Nach uns zugegangener Mitteilung haben Sie als Vorsitzender der Fünfzehnerkommission des Reichsausschusses den kommunistischen Betriebsrätekongreß einberufen und den diesbezüglichen Aufruf mit Ihrem Namen unterzeichnet.

In der am 20. und 21. März 1921 stattgefundenen Konferenz der Gau- und Ortsvorstände unserer Organisation ist nach eingehender Aussprache eine Entschließung angenommen worden, durch die der Vorstand den Auftrag erhielt, gegen diejenigen Mitglieder vorzugehen, die an Versammlungen, Konferenzen, Zusammenkünften usw. aktiv teilnehmen, die den Zweck haben, die Einigkeit oder Kampffähigkeit und den Bestand der Gewerkschaften zu gefährden. Diese Entschließung ist in Nr. 14 des „Courier" vom 2. April 1921 veröffentlicht.

Auf Grund dieses Beschlusses und des vorliegenden Materials war der Vorstand verpflichtet, Ihren Ausschluß aus unserem Verbande zu vollziehen.

(Stempel).

Mit dem Ausschluß des Genossen Grothe, der ein langjähriges, treues und makelloses Mitglied des Transportarbeiterverbandes ist, wird die Ausschlußpraxis gegen die revolutionären Betriebsräte gekrönt. Die Begründung des Ausschlusses des Genossen Grothe ist lächerlich albern, sie kennzeichnet nur die ganze Brutalität der Amsterdamer Bürokratie. In einer Periode der äußersten Bedrängnis der Arbeiterklasse, in einer Situation, wo auch gegenüber den Bedrohungen durch die Reaktion, des Versailler Vertrages die Einheit der Arbeiterklasse notwendiger wie das Brot ist, hat die Gewerkschaftsbürokratie nichts anderes zu tun, als an der Seite der Stinnes und Konsorten ihre Maßregelungspraxis gegen die revolutionären Gewerkschafter fortzusetzen. Wissen diese Leute denn gar nicht, wie sie durch ihre Maßregelungen gegen aufrechte Arbeiter den inneren Bestand der Gewerkschaftsbewegung lockern, die Kampffähigkeit der Organisation zersplittern und dem Ausbeutertum, mit dem sie in der Arbeitsgemeinschaft allerdings verbunden sind, in die Hände arbeiten? Die deutsche Gewerkschaftsbürokratie unter der Führung des ADGB. scheint die Absicht zu haben, gerade in der größten Gefahr, in der die deutsche Arbeiterklasse schwebt, die aufrechten Kämpfer zu provozieren, damit die Spaltung der Gewerkschaften herbeigeführt wird. Die klassenbewußten deutschen Gewerkschafter müssen alles daran setzen, daß die Gewerkschaftsmitglieder die gefährliche Situation erkennen, in der ihre Organisationen durch die Gewaltakte der Gewerkschaftsbürokratie gebracht werden. Bei dem Ausschluß der Betriebsräte aus den Organisationen, bei dem Ausschluß H[illegible] Grothes handelt es sich um mehr als um die Entfernung einiger oppositioneller Arbeiter aus den Verbänden. Es handelt [illegible] das Schicksal der gesamten deutschen Arbeiterbewegung. [illegible] gilt, die Massen mobil zu machen für den Kampf um die Erhaltung der Einheit der Organisation zum Kampfe für die Wiederherstellung der Mitgliedschaft der von der Gewerkschaftsbürokratie gemaßregelten Klassenkämpfer.

Die Notgemeinschaft ein Betrug an den Arbeitern.

Die Gewerkschaftsbürokraten helfen dem kapitalistischen Staat.

Jeder Arbeiter und jede Arbeiterin fühlt es, daß der Kapitalismus sich nur noch durch allerschärfste Ausbeutung des Proletariats am Leben hält. Die Preise sind ins Unermeßliche gestiegen, der Lohn humpelt hinterher. Die Arbeiter stehen wirtschaftlich weit schlechter da, als vor dem Kriege. Margarine, die lange Zeit als Volksnahrungsmittel galt, ist längst für den Arbeiter zu teuer geworden. Wurst und Fleisch kennt er nur noch nach den Auslagen in den Fleischerläden. Kaum daß der Lohn auch nur zum Allernotwendigsten reicht. Die Proletarier-Hausfrauen wiederholen an jedem Lohntage ihre Klagen. Das Mittagsmahl, daß sie auf den Tisch bringen, wird täglich kärglicher und fettloser. Kohle kaufen sich die Proletarier viertelzentnerweise. Ihre Sachen sind heruntergerissen und viele haben kaum ein Hemd. Wahrlich, die Not unter der Arbeiterschaft ist groß. Bitter und brutal spüren sie die Hand des Kapitals an ihrer Gurgel. Die Verelendung wächst von Tag zu Tag. Aber noch schmerzlicher empfinden es die Opfer des Kapitals. Ihnen ist die Kehle schon halb zugedrückt. Die Alten, die ihre Lebenskraft hergegeben haben, für Profit, die jahrzehntelang das Joch der Ausbeutung getragen haben, die Invaliden, die von den Profitmaschinen zerfetzt wurden, die Kriegsopfer, die für den Kapitalismus in blutigen Schlachten zu Krüppeln geschlagen wurden, sie alle stehen am Abgrunde des Unterganges. Für die Ausbeutung in den Betrieben nicht mehr tauglich, wurden sie achtlos beiseite gestoßen. Durch Almosen, die ihnen die kapitalistische Gesellschaft gab, fristeten sie das erbärmliche Dasein eines stumpfsinnigen Tieres.

Jetzt wird den Kapitalisten auch das Almosen zu viel. Sie wollen nichts mehr geben, wollen die Opfer ihres eigenen Systems nicht mehr erhalten. Und im Heere dieser Aermsten hält der Tod grausige Ernte. Viele von ihnen sterben dahin, ohne einen Laut, still und verschämt. Andere aber werden zur Verzweiflung getrieben. Ein dumpfes Brüllen aus dem Abgrund des Elends verkündet den Hunger dieser Opfer. Den Kapitalisten graut vor diesem Brüllen, sie sehen, wie sich die knochigen Krallen nach ihren fetten Leibern ausstrecken und in ihrer Angst schreien sie um Hilfe, um Hilfe für sich und für die armen Opfer.

„Brüder in Not"

So lautet der Angstschrei der Breslauer Kapitalisten vor der drohenden Gefahr. „Brüder in Not", echot die ganze Presse von „Schlesischer Tagespost" bis zur „Volkswacht". Und Brüder in Not" schreien die Gewerkschaftsbürokraten und gehen daran, den Kapitalisten zu helfen.

Unter dem Deckmantel christlicher Nächstenliebe sammeln die Kapitalisten, und unter der Firma „Solidarität den ärmsten Klassengenossen" tun die Gewerkschaftsbürokraten dasselbe. Mit diesem Geschrei sollen die Arbeiter zur Klassensolidarität aufgerufen werden, sollen sie von ihrem Lohne den Opfern des Kapitals helfen. Planmäßig gehen die Gewerkschaftsführer zum Werk. In Breslau stellte sich vornehmlich der Bevollmächtigte des Metallarbeiterverbandes, Wiersig, an die Spitze dieser Bewegung. Er war aber geschickt dabei. Denn in der Zeit vor der Generalversammlung der Breslauer Metallarbeiter kümmerte er sich gar nicht darum. Er hatte berechtigte Furcht, die Metallarbeiter könnten es ihm vergelten. Und darum verbarg e sein Gesicht unter der Maske des unbestechlichen Arbeiterführers, um seinen Posten zu behalten. Und da ihm der Betrug noch einmal geglückt ist, nimmt er nun die Maske vom Gesicht. Sein Werk, die

Notgemeinschaft zwischen Kapital und Gewerkschaft

geht in Erfüllung. Der Ortsausschuß Breslau des ADGB. versandte am 30. Dezember 1922 ein Rundschreiben, in dem unter Punkt 2 folgendes gesagt wird:

Die vor Monatsfrist ins Werk gesetzte Sammlung für die Bedürftigsten unserer Klassengenossen in Breslau hat in den einzelnen Betrieben ein unterschiedliches Ergebnis gezeitigt und ist in ihrem Betrage so gering geblieben, daß die in Frage kommenden Kreise vom Magistrat erneut gebeten worden sind, die Sammlungen auf eine breitere Grundlage zu stellen.

Aus diesem Grunde hat die Vorstandskonferenz vom 29. d. Mts. beschlossen, das beabsichtigte Zusammengehen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu empfehlen. Danach sollen alle Vollarbeiter während einem Monat auf 1 Prozent ihres Einkommens verzichten, während die Arbeitgeber mindestens den gleichen Betrag aufzubringen sich bereit erklärten.

Ferner sollen die Arbeitgeber, wo verkürzt gearbeitet wird und die Arbeitnehmer nichts zahlen können, gehalten sein, für diese Sammlung nennenswerte Mittel zur Verfügung zu stellen.

Das Ergebnis der in dieser Frage gepflogenen Verhandlungen ist in den weiter unten folgenden Vereinbarungen niedergelegt, und bitten wir, sich ebenso einmütig für die Durchführung der Sammlung ins Werk zu setzen, wie der einstimmige Beschluß der Vorständekonferenz getätigt worden ist, trotz der dort von verschiedenen Kollegen vorgetragenen schweren und grundsätzlichen Bedenken.

Wir geben uns der Hoffnung hin, daß trotz der Not, die beinahe für jeden einzelnen Arbeitnehmer besteht, doch immer noch genügend Opferwilligkeit und solidarisches Empfinden vorhanden ist, um jenen zu helfen, denen es noch viel schlechter geht als uns.

Die Selbsthilfe, die uns unter früheren schwierigen Verhältnissen groß werden ließ, hat diesesmal teilweise versagt, weshalb der oben gekennzeichnete Weg eingeschlagen werden mußte.

Zur Linderung der drückendsten Not Unbemittelter oder von unzulänglichem Einkommen lebender Einwohner Breslaus wird die Arbeitgeber- und -nehmerhilfe gemeinsam durchzuführen beschlossen nach folgenden Grundsätzen:

§ 1. Die Arbeitnehmer — soweit sie unverkürzt arbeiten — erklären sich bereit, zugunsten der Sammlung „Brüder in Not" sich im Monat Januar 1923 1 Prozent des Einkommens während 4 Wochen in Abzug bringen zu lassen, oder in zwei Wochen je eine Stunde länger zu arbeiten.

§ 2. Die Arbeitgeber erklären sich ebenfalls bereit, mindestens den gleichen Betrag der Leistungen aus § 1 aus eigenen Mitteln für den gleichen Zweck zu entrichten.

§ 3. Die gesetzliche Betriebsvertretung der Arbeitnehmer ist berechtigt, sich von dem Ergebnis der Sammlung der gesamten Betriebsbelegschaft und dem beigesteuerten Arbeitgeberanteil sowie der Abführung der so aufgebrachten Summe an den Magistrat Kenntnis zu verschaffen.

§ 4. Soweit Zahlungen für den gleichen Zweck in jüngster Zeit erfolgt sind, haben Arbeitnehmer bezw. Arbeitgeber den Anspruch auf Anrechnung auf die Leistungen nach § 1 bezw. § 2, wenn sie dies beantragen.

So wollen die Gewerkschaftsführer die Arbeiter betrügen. Trotz der großen Not sollen sich die Arbeiter noch prozentuale Lohnabzüge gefallen lassen. Als ob nicht schon der 10[illegible]ige Steuerabzug schmerzlich genug empfunden würde! Gewiß, die Not unter den Invaliden usw. ist noch größer. Aber es ist nicht Aufgabe der Arbeiterschaft, — sie ist auch garnicht dazu in der Lage — es ist Aufgabe der Kapitalisten und ihrer Regierung, diesen Opfern ihres Systems das Leben zu sichern. Niemals aber darf die Arbeiterschaft der kapitalistischen Klasse ihre Pflichten abnehmen. Die Gewerkschaftsbürokraten, die dies tun, zeigen damit nur zu deutlich, daß sie die Büttel des Kapitals sind.

Aber noch skrupelloser und gemeiner gehen sie zu Werke.

Den Achtstundentag bedrohen sie.

Das einzige, was dem Proletariat noch übrig geblieben ist von den „Errungenschaften der Revolution", soll ihm jetzt mit Hilfe der Gewerkschaftsbürokratie geraubt werden. Die Arbeiter sollen mehr arbeiten, damit die Kapitalisten es dann um so leichter haben, den Achtstundentag gänzlich zu beseitigen.

Schon ist in etlichen Betrieben Breslaus und auch im Bezirke die Gewerkschaftsbürokratie an die Durchführung ihres Planes gegangen. Meist sind die Betriebsräte ihr willfährige Werkzeuge. Aber in vielen Betrieben hat sie sich trotz deren Hilfe Niederlagen geholt. Dort haben die Arbeiter es abgelehnt, die Notgemeinschaft mit dem Kapital mitzumachen. Und das muß die Antwort der gesamten Arbeiterschaft sein!

Die „Notgemeinschaft" ist Diebstahl an Arbeitergroschen.

Darum schützt Euren sauer erworbenen Lohn, packt die Diebe beim Genick und treibt ihnen das Stehlen aus!

Jeder klassenbewußte Arbeiter stimmt im Betriebe gegen die Notgemeinschaft, denn nicht durch mildtätige Sammlungen, sondern nur durch die proletarische Revolution kann das soziale Elend beseitigt werden.

Kommunistische Erfolge im DEV.

Zu einer erfreulichen Abrechnung mit den Nachläufern der Scheffel und Genossen gestalteten sich die Neuwahlen in den Ortsverwaltungen Jena und Gotha des Deutschen Eisenbahner-Verbandes. In beiden Orten wurden die vorgeschlagenen Kommunisten mit überwältigender Mehrheit in die Ortsverwaltungen gewählt. In Jena wurden gleichzeitig fünf Delegiertenposten zum Ortsausschuß des ADGB. von unseren Genossen besetzt.

Diese beiden Wahlen zeigen, daß es den zerstörenden Machenschaften des Scheffel doch nicht gelungen ist, den Willen zu revolutionärer Gewerkschaftsarbeit zu brechen. Der Erfolg in Gotha ist um so mehr zu bewerten, weil dort fünf unserer tätigsten Genossen aus dem Verband ausgeschlossen wurden.

Bekanntmachung.

Es sind bisher für die [illegible]den Anilinarbeiter 503 727 Mark gesammelt und [illegible]e Zentralsammelstelle abgeliefert worden. Dieser Betrag stimmt mit den vorgefundenen Belegen, Sammellisten, Postabschnitten usw. überein. Es wird deshalb dem Kollegen Adelt hiermit Entlastung erteilt.

Breslau, den 15. Januar 1923.

Betriebsräte-Ausschuß Breslau.
Die Revisoren: Rose. Busch.

Genossen werbt neue Abonnenten

Lokales.

Breslau.

Neue gewaltige Verteuerungen

von Gas, Wasser und Elektrizität wurden von der letzten Stadtverordnetenversammlung beschlossen. Danach kostet ein Kubikmeter Gas 191 Mk. Ferner wurde zugestimmt, die Gebühren für Inanspruchnahme der städtischen Lesehallen von 10 Mk. auf 100 Mk. pro Vierteljahr zu erhöhen. Die Sozialdemokraten erklärten sich mit dem gesamten Bürgerblock für die Annahme dieser neuen Verteuerungen, die der arbeitenden Bevölkerung Breslaus neue gewaltige Lasten auferlegen. Einen ausführlichen Bericht über die interessante Sitzung können wir wegen Raummangel erst Montag bringen.

† **Zuckerkarten** stehen, wie schon bekannt gegeben, auch den Personen zu, die wegen ihrer Einkommensverhältnisse Brotmarken nicht beziehen dürfen. Außerdem erhalten, wie jetzt an den Anschlagsäulen veröffentlicht wird, Säuglinge, hoffende und stillende Mütter „Sonder-Zuckermarken".

† **Die Anmeldefrist für die Volkshochschule** ist bis zum 22. Januar einschließlich verlängert worden. Bis dahin werden Anmeldungen im Volkshochschulamt, Springerstr. 5—9, 3. Stock, werktäglich von 8—3 und 5—8 Uhr, Sonntags von 9—1½ Uhr, entgegengenommen.

Waldenburg-Altwasser. Die Zustände in den hiesigen Schulen. Wie schlimm es in unserem Ort um die Schulverhältnisse bestellt ist, dafür gab die Stadtverordnetenversammlung am 28. Dezember ein Bild. Nach Aussagen des Stadv. Genossen Patzel fehlen in unserem Orte nicht mehr als 14 Schulräume für Volksschulen. Selbst der 1. Bürgermeister gab zu, daß dieser Zustand unhaltbar sei. Doch er meinte, die finanzielle Lage der Stadt erlaube es nicht, ein Schulhaus zu bauen. Man will damit warten, bis die Mark stabilisiert ist (!). Wir bezweifeln, daß der Bürgermeister selbst an eine Stabilisierung der Mark glaubt. Aber eine Ausrede muß eben da sein. Die Schulzustände in unserem Ort sind ein Zeichen dafür, daß die kapitalistische Gesellschaft ihrem Untergang entgegengeht. Die aufkommende Industrie gebrauchte eine Arbeiterklasse mit höherer Intelligenz, als sie zur Zeit der Junkerherrschaft notwendig war. Daher wurden Schulen gebaut, in denen Proletarierkinder für die Arbeit in der Fabrik reif gemacht werden. Heute kann der Kapitalismus schon diese Bedingungen nicht mehr erfüllen. In grenzenloser Profitsucht läßt er das Schulwesen verloddern. Es ist ein Teil des großen Planes, den Zusammenbruch des kapitalistischen Systems auf Kosten der Arbeiterschaft aufzuhalten. Und in diesem Beginnen finden die Kapitalisten treue Trabanten für ihre reformistischen Führer. Auch in unserer Stadt, wie folgender Fall zeigt. Im Vorjahre setzte eine rege Agitation für die weltliche Schule in Altwasser ein. In unermüdlicher Kleinarbeit brachten die unteren Funktionäre die genügende Anzahl von Kindern auf, um eine weltliche Schule zu errichten. Doch ihre ganze Arbeit war nutzlos durch das Versagen der oberen Funktionäre, die in sicheren Positionen sitzen. Man ging sogar so weit, daß in einer Sitzung der Schuldeputation, in der diese Frage behandelt wurde, bei einem eventuellen Schulstreik mit Strafmandaten gedroht wurde. Kein anderer als der sozialdemokratische, wohlbesoldete Stadtrat Dickreiter war es, der dies tat. Jetzt soll wieder in Waldenburg-Altstadt eine Agitation für die weltliche Schule durchgeführt werden. Doch noch immer ist die Frage der Schulzimmer nicht gelöst. Die kommunistische Fraktion wird deshalb in der nächsten Stadtverordnetenversammlung die Schulfrage zur Sprache bringen. Die Eltern von Waldenburg-Altwasser werden in der kommunistischen Fraktion eine sichere Stütze finden, ihren Kindern endlich gesunde Schulräume in genügender Anzahl zu verschaffen.

Friedland. Proletarierlos. Am Mittag des 16. Januar wurde beim Holzfällen im „Kuhstall" der Waldarbeiter Bergmann aus Rosenau von einem Baum erschlagen. B. war 73 Jahre alt und fast 60 Jahre in städtischen Diensten tätig. Noch im hohen Alter mußte er Blutzeugnis der Proletarierschinderei ablegen.

Ober-Hermsdorf. Die Liebknecht-Luxemburg-Gedächtnisfeier der Partei, die am 14. Januar von der kommunistischen Jugend Waldenburgs im Gasthof zur „Guten Laune" aufgeführt wurde, hatte einen guten Erfolg. Mit dem Gesang der Warszawjanka wurde das Programm begonnen. Dann folgte ein Prolog Karl Liebknecht von einem Jugendgenossen. Die Ansprache hielt Genosse Müller, Ober-Hermsdorf. Er schilderte zunächst das Leben von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, daß gerade diese, sowie all die namenlosen gemordeten revolutionären Kämpfer es waren, die das Beste für die Revolution taten und geleistet haben. Sie sind nicht mehr, aber bei uns sind sie doch. Dieser längeren Ansprache wurde andächtig gelauscht, darauf folgte das „Liebknecht-Luxemburg-Lied" sowie ein Mandolinenvortrag. Dann wurde aufgeführt „Ein Kämpfer für Freiheit und Recht", in fünf lebenden Bildern. Weiter wurde das Programm mit Gesang und Rezitationen vervollständigt. Auch wurde ein Theaterstück aufgeführt „Der Kampf der Jugend", was von den Anwesenden gut aufgenommen wurde. Auch hatte Herr Kapellmeister Gerlach das Beste im Konzert geboten. Zuletzt dankte Genosse Müller der kommunistischen Jugend allen denjenigen, die diese Gedächtnisfeier unterstützt haben. Zum Schluß wurde begeistert die „Internationale" gesungen. Da der Saal bis auf den letzten Platz besetzt war, konnte der Ueberschuß von 1531,— Mark den Ortsarmen der Gemeinde übergeben werden. Weiter konnte durch freiwillige Sammlung 1600,— Mark der „Roten Hilfe" übermittelt werden. Ein große Anzahl von Zeitschriften „Hammer und Sichel" wurden verkauft. Diese Veranstaltung hat wieder gezeigt, daß das klassenbewußte Proletariat seine Vorkämpfer nicht vergißt.

Ober-Salzbrunn. Die Generalversammlung der KPD. fand am 14. Januar statt. Als erster Punkt wurde die Wahl zum Bezirksparteitage erledigt. In den neuen Vorstand wurden drei Genossen wieder gewählt, die übrigen Posten wurden durch neugewählte Genossen besetzt. Der Vorsitzende machte die neugewählten Funktionäre aufmerksam, daß sie ihre ganze Kraft in den Dienst der Bewegung einzusetzen haben. Es wurde nun über die Arbeiten in den einzelnen Gewerkschaftsfraktionen diskutiert. Eine längere Debatte entspann sich bei dem Thema Gemeindevertreterwahlen, die wir ja dieses Frühjahr zu erwarten haben. Der Vorstand wurde beauftragt, in nächster Zeit mit den Genossen in Sandberg in Verbindung zu treten, damit wir gemeinsam die Vorarbeiten zu den in Frage kommenden Wahlen erledigen können. Nach Erledigung einiger örtlicher Angelegenheiten waren wir am Schluß der Versammlung angelangt. Mit einem Appell an die Genossen, sämtliche Versammlungen pünktlich zu besuchen, wurde die gutbesuchte Versammlung geschlossen.

Freiburg. Firlefanz. Wie das „Waldenburger Neue Tageblatt" meldet, haben verschiedene Herren den Charakter eines Oberstleutnants zufolge Verfügung des Reichswehrministeriums erhalten. Außerdem wurde ihnen die Genehmigung erteilt, die Uniform des und des Regimentes zu tragen. Sollen das etwa Vorbereitungen für die kommende Faschingszeit sein? Eigentlich werden doch gar nicht so viel Harlekine gebraucht?

Versammlungs-Kalender.

Für jed. Zeile unt. dies. Rubrik muß ein Betrag von 10 M gezahlt werd.

KPD

Bezirksleitung: Büro u. Kasse: Bresl., Nikolaistr. 49/50. Fernruf Amt Ring 8887. Adresse: Alfred Oeßner, Breslau, Nikolaistr. 49/50 Postscheckkonto: Breslau 58864, Alfred Oeßner.

Breslau. Sonnabend, den 20. Januar, abends 7 Uhr, im Parteilokal, Ortsleitungssitzung. Wichtige Tagesordnung.

— **An alle Distrikte.** Die Literaturobleute müssen bis Sonnabend, den 20. Januar der Ortsleitung namhaft gemacht werden.

Altwasser. Sonntag, nachm. 2 Uhr, im „Eisernen Kreuz", Funktionärsitzung. Zu erscheinen haben alle Zehnerschaftsführer, Gewerkschaftsfunktionäre, Betriebsräte, Vertreter der Betriebe und sonstigen Vereinigungen. Um pünktliches Erscheinen wird ersucht.

Dittersbach. Sonntag, 21. Januar, vorm. 9 Uhr, findet im Gasthaus zum „Tiefbau" eine Oeffentliche Volksversammlung statt mit dem Thema: „Was wird das Jahr 1923 der Arbeiterschaft bringen?" Referent: Genosse Schulz. Arbeiter, Klassengenossen von Dittersbach, zeigt durch Massenbesuch, daß Ihr den Tod unseres Vorkämpfers Karl Liebknecht nicht vergessen habt. Saal ist geheizt.

Fellhammer. Sonntag, 21. Januar, nachm. 1,30 Uhr, im Gasthof „Zur Erholung" Hinter-Fellhammer, große öffentliche Volksversammlung. Thema: „Die Ruhrbesetzung, und was sagen Euch die Kommunisten." Sämtliche Parteigenossen haben eine halbe Stunde früher zu erscheinen.

Nieder-Hermsdorf. Sonntag, den 21. Januar, vorm. 9 Uhr, außerordentliche Mitgliederversammlung im Gasthaus zur „Friedenshoffnung" (bei Scholz). Es ist Pflicht jedes Genossen, in der Versammlung zu erscheinen. Auf der Tagesordnung steht unter anderem Bericht vom 4. Weltkongreß durch Genossen Küpper. Genossen zeigt, daß Ihr den Ernst der Zeit versteht und erscheint in dieser Versammlung. Jeder Zehnerschaftsführer ist verantwortlich für seine Zehnerschaft.

Peilstein. Sonntag, den 21. Januar, abends 7 Uhr, in der „Gemeindemühle", Gedächtnis-Versammlung für die Revolutionsopfer. Genossen zeigt, daß Ihr auch unsere Helden in Ehren haltet und kommt zahlreich in die Versammlung.

KJD

Bezirksleitung: Max Gläser, Breslau 1, Nikolaistr. 49/50. Postscheckkonto: Breslau 67595, Max Gläser.

Breslau. Sonntag, den 21. Januar, früh 9 Uhr, im Parteibüro, Beginn des Gewerkschaftskurzlesens. Teilnehmen müssen die Fraktionsleiter, sämtliche Jugendkartelldelegierten und Betriebsvertrauensmänner sowie jeder Gewerkschaftsfunktionär.

Kreis Hirschberg. Sonntag, den 21. Januar, mittags 12 Uhr, in der „Annakapelle" Kreiskonferenz. Alle Ortsgruppen müssen vertreten sein. Beauftragte der BL. sind anwesend.

Gewerkschaften

Alle Zusendungen in Gewerkschaftsangelegenheiten an das Sekretariat, Breslau, Nikolaistraße 49/50.

Nieder-Altwasser. Bergarbeiterverband. Sonntag, vorm. 9 Uhr, Zahlstellenversammlung im Ernestinenhof. Wichtige Tagesordnung. Zahlreiches Erscheinen ist notwendig.

Neu-Salzbrunn—Konradsthal. Sonntag, den 21. Januar, vorm. 10 Uhr, im „Finsterbaum", Fraktionsversammlung sämtlicher kommunistischen Bergarbeiter.

Andere Organisationen

Alle Zuschriften an d. Sekretariat Nikolaistr. 49/50.

Dittersbach b. Waldbg. Sonntag, nachm. punkt 2 Uhr, in der „Gebirgsbahn", öffentliche Versammlung für Freidenker. Feuerbestattung.

Neu-Salzbrunn. Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 21. Januar, nachm. 5 Uhr, Mitgliederversammlung bei Michaelis. Sämtliche Vorstandsmitglieder haben eine Stunde früher zu erscheinen.

Nieder-Altwasser. Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 21. Januar, nachm. 7 Uhr, im „Eisernen Kreuz", Vortrag „Alte und neue Ketzergerichte". Referent: Lehrer Faulhaber. Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist Pflicht. Gäste sind herzlichst willkommen.

Verantwortl. f. d. gesamt. Inhalt: Th. Kansi; Inserate: Max Schocher. Druck und Verlag: Produktivgenossenschaft für die Provinz Schlesien, e. G. m. b. H. sämtlich in Breslau.

Die Gedächtnisfeier für die Revolutionsopfer

findet in Breslau am Freitag, den 26. Januar, abends ½8 Uhr, im großen Saale des „Schießwerder" statt.

Massenchöre / Orchester / Bläserchor / Rezitationen

ausgeführt von erstklassigen Künstlern. Gedächtnisrede: voraussichtlich Klara Zetkin.

Eintrittskarten sind in der Buchhandlung, Nikolaistraße 49/50, und bei allen Vertrauensleuten erhältlich.

Zeltgarten
Täglich 8 Uhr:
Das Breslauer Sittenstück
? ? ?
Vorverkauf Barasch.

Matthias-Kino
Matthiasstraße 38
Moltkestraße 9
Das gelbe Dreieck
Die Tigerin
Carl de Vogt

Achtung! Wo?
kauft man neue und gebrauchte Möbel sowie ganze Einrichtungen am billigsten und vorteilhaftesten
Bei H. Kluge
Neumarkt 12, I.

Bekanntmachung.
Der Gaspreis wird vom 12 Januar 1923 ab auf 191 Mk. je cbm festgesetzt. Münzgasmarken sind vom 19. Januar ab nur noch zum Preise von 191 Mk. zu haben.
Der Magistrat.

Getragene Kleidungsstücke Uhren u. Gebrauchsgegenstände aller Art
kaufen Sie am billigsten im
Brüll & Co.,
Breslau, Neuschestrasse 23.

Sohlenleder-Ausschnitt
in allen Größen u. Stärken preiswert
Gebr. Tischler
Lederhandlung
Gelbestraße 4
Filiale: Sandstraße 18.

Zahle
für Rohprodukten jeder Art, sowie für Makulatur, Säcke und Felle
die höchst. Tagespreise
Genosse Krause,
Neuschestrasse 50.

Aluminium-Zinngeschirr
sowie sämtliche Metalle und Eisen
kauft
M. Bartsch / Oderstrasse 17.
Achtung auf Haus-Nummer.

Hast Du schon
das Kommunistische Einmaleins
gekauft?

Neu erschienen:
Zum 5. Jahrestag der deutschen Revolution
35 Seiten stark
broschiert 40 M
Zu beziehen von der Produktiv-Genossenschaft für die Provinz Schlesien e. G. m. b. H., Abteilung Buchhandlung, Breslau, Nikolaistraße 49/50 sowie alle Litera turobleute.

Altmetalle
Kupfer / Messing
Rotguß / Blei / Zink usw.
kaufen in jeder Menge
Schlesische Metallhandel und Abbruch-Verwertung
vormals Grégol & Co.,
Breslau 1, Bischofstraße 15, Laden.

Wir stellen sofort ein
Reisende für Drucksachen
für unsere „Abteilung Buchdruckerei"
gegen hohe Entschädigung
Zu melden in der Geschäftsstelle der
Produktiv-Genossenschaft für die Provinz Schlesien e. G. m. b. H., Trebnitzer Straße 50.

Hohen Verdienst
finden Genossen als
Annoncen-Akquisiteure
für die „Schlesische Arbeiter-Zeitung"
Zu melden beim
Anzeigen- u. Reklame-Verlag Jacobowitz & Co., Breslau 5
Metzerstraße 2.

Anfang nächster Woche erscheinen:
Der Bankerott Deutschlands!
189 Seiten stark. Preis brosch. 400 Mk.
Deutschland — eine Kolonie?
von Dr. Eugen Pawlowski.
Aus dem Inhalt heben wir folgende Kapitel hervor:
1. Wessen Kolonie soll Deutschland werden?
2. Die passive Wirtschaftsbilanz Deutschlands.
3. Die Produktion Deutschlands in der Nachkriegszeit.
4. Die Reparationsfrage.
5. Die Handels- und Zahlungsbilanz Deutschlands.
6. Außenpolitische Fragen.
90 Seiten stark.
Die Not der Proletarierkinder
Herausgegeben vom Frauen-Reichssekretariat der KPD.
20 Seiten stark. Preis 100 Mk.
Bestellungen nimmt schon jetzt entgegen die
Produktiv-Genossenschaft für die Provinz Schlesien e. G. m. b. H. Breslau / Nikolaistraße 49/50.
Abteilung Buchhandlung.

20. Jan. 1923

Keimen für proletarischen Kultur u. Arbeit

Beilage zur Schlesischen Arbeiter-Zeitung : : : Nummer 17

20. Jan. 1923

Wie die Kinder auszogen, die Sonne zu retten.

Aus A. Panin: „Die Sühne."

Die im Reiche der Krummen zurückgebliebenen Frauen, Kinder und Greise wurden von der Verzweiflung ergriffen und begannen mit bitteren Tränen ihr unglückliches Los zu beweinen. — „Wir werden wohl nie die Sonne zu sehen bekommen!" jammerten sie. Aber da geschah es, daß eines der Kinder im Reiche der Krummen einschlief und einen Traum hatte, einen Traum, der ganz gewiß zum Verwundern war! Im Traum erscheint ihm nämlich ein Engelchen, ein ganz kleines Engelchen mit zarten Flügelchen und sagt:

„Du kleiner Knirps, ich will dir etwas sagen und du sollst es anderen erzählen. Die Sonne — sagte das Engelchen — wird im Reiche der Krummen nicht eher scheinen, als bis die Kinder sich vereinen, um die Sonne zu retten!"

Der Knabe war, wie ihr euch denken könnt, ein kleiner Schwätzer, er konnte seine Zunge nicht im Zaume halten und erzählte am anderen Morgen überall, was der Engel ihm gesagt hatte. Und da ging der Spaß erst los im Reiche der Krummen. Die Frauen heulten laut, denn sie wollten die Kinder nicht ziehen lassen.

„Wie? — jammerte sie — die Erwachsenen sind ausgezogen und haben nichts erreicht, und nun wollt ihr Kinder in den sicheren Tod gehen, wie? ... Nein, dagegen sträubt sich unser mütterlicher Wille!"

Was taten aber die Kinder? Ihr wißt ja, was für lose Vögel das sind; sie versammelten sich und begannen zu lärmen und zu toben.

„Kommt", riefen sie, „was sollen wir hier sitzen? ... Wir wollen unterwegs uns lustig tummeln und spielen und die Sonne werden wir auf jeden Fall finden, der Engel hat es doch gesagt!"

Es war nichts zu machen; die Eltern mußten klein beigeben. Sie wollten ihnen eine Unmenge Gewehre und Kanonen und Schwerter mitgeben, die sie in Bereitschaft hatten. Die Kinder aber nahmen nichts davon mit; ein jedes hatte nur ein Stöckchen, um darauf zu reiten, damit die Beinchen nicht zu müde wurden.

„Wozu brauchen wir noch Waffen? Sind wir denn so nicht stark genug?" Ein kleiner Knirps blies die Backen auf und pustete einen reifen Löwenzahn, daß der weiße Flaum in die Luft flog. Alle brachen in helles, schallendes Gelächter aus ... „Unserer Kraft kann niemand widerstehen!"

Und die ganze Kinderschar zog nun aus; Knaben und Mädchen liefen alle durcheinander, sie lärmten, tollten sie lachten so laut und heiter, daß es bis in Moskau zu hören war!

Als sie zu den weidenden Schäfchen kamen, gerieten sie in Entzücken; sie umarmten die Lämmchen und küßten ihre Schnäuzchen. — „Sind das mal niedliche Schäfchen!" riefen sie. „Komm mit die Sonne retten!"

Unterwegs hörten sie plötzlich jemanden brüllen und stöhnen. Gleich wurde eine Aufklärungspatrouille vorausgeschickt und siehe da, es war der verwundete Tiger! Alle umringten ihn, einer wäscht die Wunde, ein anderer verbindet sie, ein dritter küßt seine Schnauze, und wieder ein anderer streichelt ihm die Augen.

„Es macht ja nichts, du lieber Tiger!" sagten sie, „komm' nur mit uns! Du wirst sehen, wenn die Sonne wieder scheint — sie ist ja so herzensgut — dann wirst du wieder ganz gesund!"

Nun kamen sie zu einer Frau und sahen, daß sie bitterlich weinte, sich grämt; da wurden die Kinder traurig und umzingelten sie alle.

„Was fehlt dir, Schwesterchen?" fragen sie.

„O, wie schmerzt mir das Herz, es tut mir weh, so weh! Eure Väter und Großväter haben mich tief gekränkt."

„Ai—ai—ai!" riefen die Kinder, „wie kann man nur!"

Und ein jedes küßte das kranke Herz der Frau, und mit jedem Kuß nahmen sie einen Teil ihrer Schmerzen auf sich. Und — wie wunderlich — niemandem wurde es da noch schmerzlicher! Ihrer waren ja viele und sie teilten den Schmerz unter sich. Und das Herz der Frau wurde von der Qual befreit und lachte freudig auf. Und alle Kinder brachen in helles Gelächter aus und klatschten in die Hände.

„So komm' denn mit uns, Mutter", sagten die Kinder „wir gehen ja zur Sonne."

Sie folgte ihnen und unterwegs sorgte sie wie eine eigene Mutter für die Kinder, sie nähte die Knöpfe an, schnaubte die Näschen und des Abends steckte sie jedem die Decke fest, damit sie sich nicht erkälteten, die lieben Kleinen!

Und als sie zum Galgen kamen ... „Wie?" riefen sie, „ihr wollt einen Menschen aufhängen? Aber dann kann er ja nicht mehr spielen! Nein, das können wir nicht zulassen! Laßt ihn los! Sofort! Er soll mit uns gehen, die Sonne zu retten!"

So retteten sie den armen Verurteilten.

Und als der schwarze Pope an der Türe des dunklen Tempels plötzlich vor ihnen auftauchte, und seine schlaue Rede begann, fragten die Kinder:

„Aber wie ist dein Gott, groß oder klein?"

„Natürlich ein Greis mit grauem Bart!" versetzte der Mönch.

„Und er wird mit uns spielen?"

„Aber was fällt euch ein, er kann mutwillige Streiche nicht ausstehen! Er wird euch dafür strafen! Ihr dürft nur mir gehorchen!"

„Nein, das macht keinen Spaß", riefen die Kinder „nein, dein Gott paßt uns nicht, und auch du selber bist zu dunkel und zu finster!"

Und denkt euch, diese ausgelassenen Kinder machten dem Mönche eine lange Nase und liefen davon.

Da trat der König vor sie hin und sprach:

„Liebe Kinder! Ich will ja nur für euch sorgen, zu diesem Zweck hat mich Gott auf die Erde gesandt!"

„Von welchem Gott?" fragten die Kinder. „Von dem Gott des schwarzen Mönches? Auh! Der ist zu grimmig!"

„Aber nein doch", versetzte der König, „glaubt mir ich habe ein sehr gutes Herz, ich werde euch auf jeden Fall Generäle geben! Ohne Generäle könnt ihr ja nicht leben! Wie wollt ihr denn sonst Krieg führen?"

„Was ist denn Krieg?" fragten die Kinder.

„Hm ... hm ... wie soll ich euch das erklären? Auf meinen Befehl werden Menschen gesammelt ... und sie beginnen, einander Schwerter in den Leib zu jagen ... natürlich fließt dabei ein wenig Blut ... ohne das geht es nun einmal nicht. Und wenn auch dabei jemand stirbt, das ist ja nicht so schlimm! Diejenigen aber, die am Leben bleiben, die werde ich abküssen und mit großen Gnaden überhäufen. Es versteht sich von selbst, daß alles, was während des Krieges geraubt ist, mir abgegeben werden muß, dafür bin ich ja der König und zwar der allergrößte der Welt! Wenn es aber jemand wagen sollte, etwas zu verstecken, so werde ich ihm die Ohren langziehen und keine Ruten schonen!"

„Nein, das paßt uns nicht", riefen die Kinder, „geh' aus dem Weg und laß uns weiter ziehen!"

Der König aber war in solches Feuer geraten, daß er um keinen Preis nachgeben und aus dem Wege gehen wollte. Da drängten sich die Kinder in dichten Haufen zusammen, rückten so gegen den König vor und stießen ihn beiseite. Dabei purzelte seine Krone herunter und rollte in den Straßenstaub. Die Kinder begannen die Krone mit den Füßen vor sich herzustoßen, sie wie einen Ball vorwärts zu rollen und sie schubsten sie unter Lärmen, Toben und schallendem Gelächter in den schmutzigen Graben und rannten dann spornstreichs davon, weit, weit fort!

„Revolutionen" können nicht gemacht werden" — dies Wort, das auf alle gesellschaftliche Entwicklung angewandt wird, ist wahr und falsch zugleich. „Revolutionen" werden, wie alle gesellschaftliche Entwicklung, „gemacht". Nur, daß sie nicht aus dem Boden gestampft werden, sondern in organischer Entfaltung von Erkenntnis, Gesinnung und Willen herauswachsen, in einer Entfaltung, die nicht vom Himmel purzelt, freilich auch nicht mit mechanisch-außermenschlicher oder vegetativ-unwillkürlicher Naturgesetzlichkeit vor sich geht, sondern nach den Gesetzen des menschlichen, des gesellschaftlichen Seelenlebens, durch menschliches — mehr oder weniger bewußtes — Handeln, d. h. eben durch eine gegebene Individual- und Sozialpsychologie und durch allgemeine gesellschaftliche Umstände bestimmt ist. Nur daß es ein gesellschaftliches Machen ist, ein Massenprozeß, ein Vorgang in den Massen durch die Massen, ein Vorgang, der sich aber vollzieht in Handlungen der einzelnen, aus denen sich die Massen zusammensetzen oder die zu Zeiten die Massen vertreten. Allzu oft ist jenes Wort als Schild für politische Untätigkeit mißverstanden und mißbraucht worden. Das gilt nicht für alle Länder gleich. Am meisten für Deutschland, mit seiner für normal-ruhige Entwicklung mustergültigen sozialdemokratischen Organisation, die für außergewöhnliche Zeiten aber wie spanische Stiefel einschnürt. Viel weniger in den romanischen Ländern. Kein Quietismus, sondern Aktivierung heißt die Losung.

Aus Karl Liebknecht „Reden und Aufsätze."

Als das dickbäuchige kleine Männlein plötzlich vor ihnen stand, brachen die Kinder in helles Gelächter aus. Sie beguckten ihn von allen Seiten, sie tippten mit den Fingern auf seinen Bauch und fragten: „Onkelchen, ist dein Bauch mit Heu vollgestopft? Ja?"

Der kleine Dickbäuchige wollte anfangs den Beleidigten spielen, aber dann gab er es auf; was war denn mit solchen Schlingeln anzufangen?

„Euren Vätern", begann er, „habe ich etwas Sonne gegeben und auch ihr sollter davon haben. Viel will ich von euch nicht dafür. Ihr müßt nur jeden Tag für mich arbeiten, wo und wie ich es bestimmen werde. Im Speicher will ich den Ertrag eurer Arbeit sammeln und euch ein wenig davon zuteilen! Viel braucht ihr ja wahrhaftig nicht! Ihr werdet euch bald gewöhnen, mit wenigem zufrieden zu sein! Aber es muß tüchtig gearbeitet werden, bis der Schweiß von der Stirne perlt! Wenn sich aber jemand sträubt, und mir nicht gehorchen will, dann werde ich ein Messer geben, damit ihr diesem Widerspenstigen so ein klein wenig ... einen Stoß in den Leib versetzt! Aber das geschieht nur um des Gesetzes und der Ordnung willen! Ihr Kinder könnt das noch nicht recht verstehen, aber ein beliebiger Advokat kann es euch erklären: Unordnung kann nicht geduldet werden! Und dafür werde ich euch immer ein Stückchen Gold geben und das wird eure Sonne sein."

„Immer arbeiten ... und arbeiten, aber wann kann man denn spielen und sich tummeln?"

„Ach was, Spielen und Tummeln ist ein sinnloser Zeitvertreib! Zeit ist Geld, Zeit darf nicht mit Dummheiten verloren werden!"

„Ich gebe euch ja Geld dafür!"

„Nun, zeige uns mal dein Gold!" riefen die Kinder.

Da öffnete der Dickbäuchige seine Speicher, die von oben bis unten mit Gold gefüllt waren. Die Kinder nahmen ein Stückchen davon, sie versuchten es zu knacken, aber nein, es ging nicht, es war zu hart, um es zu zerbeißen

„Das schmeckt nicht gut, dickbäuchiges Onkelchen! Man kann es nicht essen, wozu brauchen wir es denn? Nein, das paßt uns ganz und gar nicht. Warte da nur auf andere Dummköpfe!" Und ein jeder kniff in seinen dicken Schmerbauch, sprang davon und zeigte ihm die Zunge.

Als der böse Dämon sah, daß eine große Schar unschuldiger Kinder mit gutem Herzen und reiner Seele in dicht gedrängten Haufen gegen ihn gezogen kamen, erschrak er sehr, tauchte in die Tiefe des dunklen Abgrundes zurück und kauerte sich zusammen.

Da kam die Sonne aus ihrer Gefangenschaft aus der Höhle hervor und sofort verschwand alles Dunkel von der Welt und das ganze Antlitz der Erde wurde von strahlendem Licht erleuchtet und die Gotteswelt wurde so wundervoll schön.

Welche Vorteile und welche Nachteile haben wirtschaftliche Streiks für die Arbeiterklasse *).

Von W. Biewald-Ober-Hermsdorf.

Der Klassenkampf wird hauptsächlich um den Besitz von materiellen Gütern geführt. Jeder, auch noch so kleiner Streik ist ein Glied aus der langen Kette des Klassenkampfes, was auch bei einem rein wirtschaftlichen Streik der Fall ist.

In der Broschüre „Massenstreik" schreibt R. Luxemburg, daß das Resultat der Streikbewegung des russischen Proletariats im Jahre 1905 eine allgemeine Hebung des Lebensniveaus des Proletariats, verkürzte Arbeitszeit und Erweiterung der Arbeiterrechte war, daß aber diese Konzessionen vielfach bald hier, bald dort zurückgenommen wurden. Und wenn man dabei die enormen Opfer berücksichtigt, die die russischen Arbeiter in diesen Kämpfen bringen mußten, so kann man zweifeln, ob diese Streiks ihnen irgendeinen materiellen Vorteil gebracht hatten. Und deshalb hat Luxemburg recht, wenn sie sagt: „Das kostbarste, weil Bleibende, bei diesem scharfen revolutionären Auf und Ab der Welle ist ihr geistiger Niederschlag: das sprungweise, intellektuelle, kulturelle Wachstum des Proletariats, das eine unverbrüchliche Gewähr für sein weiteres unaufhaltsames Fortschreiten im wirtschaftlichen wie im politischen Kampf bietet." Dies ist die einzig richtige Antwort, die man auf die oben gestellte Frage geben kann. Die materiellen Nachteile und Vorteile, die ein wirtschaftlicher Kampf für die Arbeiterklasse bringt, spielen eine ganz untergeordnete Rolle im Vergleich zu dem Fortschritt auf dem Gebiet des objektiven Denkens, was zur Hebung des Klassenbewußtseins führt.

Das haben wir niederschlesischen Bergarbeiter an unserem Streik im Sommer 1921 sehr gut gesehen. Der Kampf ging um 10 Mark, die Hälfte davon haben wir erkämpft, und schon nach acht Tagen haben die Preise unsere neuen Löhne bei weitem überholt. Aber wir haben gesehen, daß während der Kampftage die politischen und gewerkschaftlichen Versammlungen sehr gut besucht waren. Und wenn auch der Bruderkampf zwischen den Arbeiterorganisationen so manchen von uns anekelte, so ist doch in unseren Köpfen vieles hängen geblieben, woran zu denken man in „ruhigen" Zeiten gar keine Veranlassung hatte. Und die einmütige Ablehnung der Ueberstundenarbeit im September 1922 hat bewiesen, daß das Klassenbewußtsein der niederschlesischen Bergarbeiter im Wachstum begriffen ist. Und zu diesem Wachstum haben die Begleiterscheinungen des Streiks im Sommer 1921 sehr viel beigetragen; weniger der Kampf zwischen Grubenherrn und Bergproleten, sondern hauptsächlich die Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen denkenden Arbeitern selbst.

Also, ein wirtschaftlicher Kampf kann gewonnen oder verloren werden, aber der Vorteil des Wachstums des Klassenbewußtseins der Arbeiterklasse wiegt alle übrigen Nachteile bei weitem auf.

*) Infolge unseres Umbaus und der damit verbundenen Verringerung unseres Seitenumfanges können wir erst jetzt mit der Fortsetzung der zur Veröffentlichung vorgemerkten Prüfungsarbeiten der Schüler der Bezirksparteischule beginnen.

Religion und Kommunismus.

Von Reinhold Rabe-Liebau.

Die Religion ein Ausfluß der Furcht vor den Naturgewalten, wurde von schlauen Köpfen benützt, um sich einigen Einfluß und materielle Vorteile zu verschaffen. Als die Kulturvorgänge so weit fortgeschritten waren, daß die Naturgewalten eine natürliche Erklärung fanden oder ihr zu häufiges Vorkommen nicht mehr erschreckte, da übernahm es die christliche Religion, in ihrer späteren Umgestaltung, die Furcht in den Gemütern ihrer Gläubigen zu erhalten, denn sie waren ein gutes Ausbeutungsobjekt und schoben alle Schuld auf Gott, wenn eine Sache schief ging. Man drohte dem armen Volke mit Hölle, zeitlichen und ewigen Strafen, verdummte es und durch Jahrhunderte langes Einimpfen dieser Idee erzeugte man eine künstliche Moral.

Wie kann man einem Gott, meiner Ansicht nach bittend nahen oder ihn zu besänftigen suchen. Dieser Gott, vorzüglich mit der christlichen Religion zu reden, dem die Eigenschaften eines Menschen zugrunde liegen, wie Zorn, Güte Rechtlichkeit usw., wird aus diesem Grunde mir niemals nahe stehen, denn es widerstrebt den menschlichen Empfindungen, sich einem Machtspruch zu beugen oder sich unnötig zu demütigen.

Als Kommunist gar darf ich mich nicht demütigen, am allerwenigsten vor einem Phantom, das gar nicht existiert. Wenn ich mich beuge, dann zum Wohle der Gesamtheit und da wird ein jeder überzeugter Kommunist zuerst versuchen, die ihn beengenden Fesseln zuvor zu sprengen, sei es in geistiger oder körperlicher Hinsicht.

Schon die einzelnen Prinzipien lassen einen Kommunisten als Kirchenanhänger gar nicht zu, z. B. in der Frage des Privateigentums; dann laufen diese zwei Wege, könnte man sagen, an einander vorbei und verlieren sich bei den Christen in ein ewiges (um in ihrer Sprache zu reden) Lügenmeer, bei den Kommunisten führt Dogma auf realem Boden weiter, bis zum Nichtsein.

Wir wollen den Herren gerne ihre ewigen Güter belassen und die ewigen Strafen auf uns nehmen, wenn sie sich nur schon auf die Reise begäben und die jetzt in zeitlichen Strafen Schmachtenden freiließen. Kein Gott könnte diese Ungerechtigkeit und das Morden des Krieges auf Erden gutheißen und verantworten. Für mich gibt es jedenfalls keinen Gott und keine Religion, die schmachvoll die Proletarier geistig ablenkt und niederdrückt, den Großen die Wege ebnet durch Versetzung der Massen mit ihrem mystischen Tun und Treiben.

Der besitzt das wahre Empfinden für alles, der so lebt, daß er auf ein gutes, tatenreiches Leben im guten Sinne zurückblicken kann und in seiner Sterbestunde sagt: Ich habe der Allgemeinheit wirklich nach meinem besten Können genützt und freue mich, das Werk gedeihen zu sehen. Diese Befriedigung wird sicher ein schönerer Trost sein für den Sterbenden, als das Geleier der Gebete und Salbung mit Oel.

Die Lehre für die Kommunisten daraus: Kein Gott, keine Religion, nur ein Leben führen, nach rein menschlichen Bedürfnissen und harte Selbstzucht seiner Instinkte, damit keine Entartung vorkommt. Im übrigen gilt für uns Kommunisten nur der Grundsatz „Aug' um Aug', Zahn um Zahn."

Die weiße Schmach.

„Ueber den zusammensinkenden Mauern der kapitalistischen Gesellschaft lodern wie ein feuriges Manifestat die Worte des Kommunistischen Manifestes: Sozialismus oder Untergang in der Barbarei!"

Neben dem rücksichtslosen Schlemmerleben der deutschen Schieberbourgeoisie spreizt sich immer breiter grassestes Elend. Schon ist die ganze Gesellschaft, Bourgeoisie und Proletariat, auf der Stufe angelangt, auf der sie die völlige Mißachtung des Menschentums nicht mehr erkennen. Die besitzende Klasse hat sich über jedes bessere Empfinden hinweggesetzt, ihre eigene Moral zertreten und die Habenichtse stehen mutlos und feig, wartend auf die befreiende Tat irgend eines Messias. Beide Klassen, getrennt voneinander wie Feuer und Wasser, leben nebeneinander und betrachten das als selbstverständlich, was entweder Gemeinheit, Niedertracht, Brutalität oder Stumpfsinn, Resigniertheit, Erbärmlichkeit ist.

So entwickeln sich Bilder, die der Menschheit geradezu Hohn sprechen; Bilder, die einem den Herzschlag vor Zorn zum Stillstand bringen.

Am Dienstag nachmittag bewegte sich durch die Ofenerstraße in Breslau ein ergreifender Leichenzug. Ein Junge zog einen Handwagen, auf dem ein mit Kränzen geschmückter Sarg lag, und ein Mann, jedenfalls der Vater, half schieben. Die Trauernden aber folgten bitter schluchzend einige Schritte hinterher. Der Junge, der einem seiner Geschwister den letzten Dienst erwies, hustete und keuchte und gab zu erkennen, daß seine Lungen vielleicht nicht viel besser als die des Verstorbenen sind, daß seine Tätigkeit wohl auch bald beendet sein wird. An den Wangen des Alten mit den gramverzerrten Zügen und den tiefliegenden Augen aber hatten sich die wenigen Tränen zu kleinen Eisklümpchen geformt, weil sein schwaches Herz nicht mehr imstande ist, in seinem Körper die notwendige Wärme zu erzeugen. So zieht langsam der Zug vorüber.

Neugierig blicken die Straßenpassanten. Die einen schütteln ungläubig den Kopf, andere lächeln. Sie lächeln, weil sie das Elend noch nicht in seiner Größe erkennen; sie lächeln, weil sie nicht ahnen, welch gewaltige seelische Erschütterungen mit dem Demonstrationszug des Elends verbunden sind; sie lächeln, weil sie nicht das feurige Menetekel über den zusammenbrechenden Mauern der kapitalistischen Gesellschaft lodern sehen.

Lächelt nur, ihr Elenden, lächelt! Bald wird euch das Lächeln vergehen! Euer eigenes Elend wird euch das Lachen erstarren machen. Ihr werdet bald nicht mehr ungläubig den Kopf schütteln, denn mit Riesenschritten naht das Gespenst das euch zum Glauben und vielleicht zum — Handeln zwingt.

Noch versteht die besitzende Klasse auszuharren, euch zu nasführen, aber bald werdet ihr erkennen, es gibt nur zwei Wege: entweder Sozialismus oder Untergang in die Barbarei.

Die Feuerbestattung und ihre Gegner.

Bekannt ist, mit welcher Zähigkeit sich zu aller Zeit die Finsterlinge gegen neue Ideen wandten und noch wenden. Besonderen Widerstand setzten sie bis in die jüngste Zeit dem Bestreben entgegen, den Leichnam verstorbener Menschen, durch Feuer zu bestatten oder richtiger durch Heißluft einzuäschern. Zwar sind die Finsterlinge nie etwa grundsätzliche Gegner der Feuerbestattung gewesen. — Der Scheiterhaufen gehörte von jeher zu den sehr beliebten Mitteln, mit denen die Staatsschergen und der Staat auffällige Elemente, die der Pfaffenhierarchie unbequem wurden oder die gegen die Macht der Kirche bzw. des Staates opponierten, zum Schweigen brachten. Der einzige Unterschied war nur, daß es in solchen Fällen nicht der tote Leichnam, sondern der lebende Mensch war, den die Kirchensäulen auf den Scheiterhaufen brachten. Seit mehr als 3 Jahrzehnten gibt es in Deutschland eine organisierte Bewegung, die sich die allgemeine Einführung der Feuerbestattung zum Ziele gesetzt hat. — Reich und einzelne Gliedstaaten haben sich, angespornt dazu vom Pfaffen- und Muckertum, mit zäher Energie dieser Bewegung in den Weg gestellt. Die gesetzlichen Bestimmungen waren eine einzige Kette von Erschwernissen, um die Feuerbestattungsbewegung nicht groß werden zu lassen.

Das seit Jahren vorbereitete neuzeitliche Gesetz, das modernen Ansprüchen Rechnung tragen soll, ist aus dem Stadium der Vorbereitungen noch nicht herausgekommen. — In Preußen muß jede dem Kindesalter entwachsene Person bei Lebzeiten eine letztwillige Erklärung abgegeben haben, inhalts deren sie ihren Leib eingeäschert wissen will; natürlich ist die gleiche Erklärung gegenüber der an der Erdbestattung sehr stark interessierten Kirche nicht erforderlich. Der Staat hat offenbar hierbei das Ziel im Auge, die Kirche als die erfolgreichste Institution für die geistige Umnachtung der Menschen zu fördern und ihr die finanzielle Ausbeutung der Kirchenschäfer nach Möglichkeit auch weiter zu sichern. Vom rein volkswirtschaftlichen Standpunkte betrachtet, hätte allerdings, namentlich in der heutigen Zeit, die menschliche Gesellschaft ein erhebliches Interesse daran, die völlig unproduktive, ja der Ernährung des Volkes gewaltigen Abbruch tuende Verwendung bedeutender Ländereien für die Zwecke der Erdbestattung zu beseitigen. — Da aber bekanntlich in der heutigen Staatsverwaltung nie die Rücksicht auf die Gesamtinteressen, sondern stets durchaus volksfeindliche und reaktionäre Tendenzen entscheidend sind, so wird auch eine gründliche Modernisierung der Vorschriften über das Bestattungswesen erst dann zu erreichen sein, wenn das Proletariat, als kulturfördernder Faktor, sich die Anerkennung seiner Ansprüche erkämpft. Ungeachtet aller reaktionären Bestrebungen der Kirche und der staatlichen Organe und trotz aller kleinlichen bürokratischen Erschwernisse, hat aber die Feuerbestattungsidee in Deutschland seit einigen Jahren eine ungeahnte Ausbreitung in den arbeitenden Schichten gefunden; das zeigt am besten das sprunghafte Anschwellen der Mitgliederziffern der in Deutschland existierenden Feuerbestattungsvereine und die zahlreiche Neugründung von solchen.

Allein in Berlin existieren zwei große Vereine, und zwar „Verein der Freidenker für Feuerbestattung" und der „Volksfeuerbestattungsverein Groß-Berlin" mit zusammen etwa 500- bis 550 000 Mitgliedern. Der erstere Verein, der in seinen Satzungen neuerdings die Bestimmung getroffen hat, daß nur solche Personen Mitglieder des Vereins werden können, die aus ihrer Kirchengemeinschaft ausgeschieden sind, zählt gegenwärtig allein etwa 300 000 Mitglieder. Er hat es besonders unternommen, den Kampf des Freidenkertums gegen die Kirche zu fördern bzw. ausfechten zu helfen und im bewußten Gegensatz zu der Welt der geistigen Finsternis die Propaganda für die Feuerbestattungsidee zu betreiben. Wenn bisher der gewaltige Zuwachs an neuen Mitgliedern in der Hauptsache wohl auf das Konto der kostenlosen Einäscherung zu setzen war, auf das jedes Mitglied nach Erledigung einer einjährigen Karenzzeit Anspruch hat, so erweist sich jetzt, nach Inkrafttreten der Kirchenaustrittsklausel in den Satzungen doch, daß auch ideele Momente den Zustrom an neuen Mitgliedern erklärlich machen.

Der Verein der Freidenker für Feuerbestattung hat denn auch durch ein Abkommen mit dem Zentralverein proletarischer Freidenker (Sitz Leipzig), nicht nur dessen beide Feuerbestattungskassen übernommen, sondern auch eine Arbeitsgemeinschaft insofern getätigt, als die rednerischen und organisatorischen Kräfte des Leipziger Verbandes ersterem für die Kirchenaustrittspropaganda bzw. für die Erziehung seiner vorhandenen ca. 300 000 Mitglieder zu überzeugten Freidenkern zur Verfügung gestellt werden. Gegenwärtig ist dieser Feuerbestattungsverein dabei, seine Organisation über das Reich so auszubauen, daß der Verein dem an ihn herantretenden großen Organisationsbedürfnis der freigeistigen Arbeitermassen im Reich genügen kann. Auch der Volksfeuerbestattungsverein Groß-Berlin ist dabei, seine Wirksamkeit mehr in die Provinz hinein zu verlegen, um auch überall dort die Volksmassen für die Idee der Feuerbestattung zu gewinnen.

Einige Zahlen aus dem letzten Jahresbericht des Vereins der Freidenker für Feuerbestattung illustrieren das große Interesse der Arbeiter für die Feuerbestattung und gleichzeitig auch die enormen Ausgaben für dieselbe, welche durch die sprunghafte Verteuerung verursacht wurden.

Der Verein hatte Ende des Jahres 1913 erst 1955 Mitglieder, am 31. Dezember 1921 — 155 705 Mitglieder und am 1. Oktober 1922 235 726 Mitglieder. Ende des Jahres 1922 ist die Mitgliederziffer, besonders auch durch die Aufnahme von etwa 35 000 Mitgliedern zweier Feuerbestattungskassen der proletarischen Freidenker auf rund 300 000 gestiegen.

An Sterbefällen hatte der Verein in seinen Mitgliederkreisen im Jahre 1920: 527, 1921: 1553 und 1922 (bis 1. Dezember) 3256. Jede Einäscherung kostet dem Verein heute durchschnittlich 54 000 Mark.

Außer in Berlin unterhält der Verein auch in Thüringen und Schlesien einen eigenen Autobetrieb. Für Schlesien befindet sich derselbe bei Max Wolf, Hermsdorf u. K., Steinertallee, wo auch jede Auskunft erteilt wird.

Wie sehr die Kirche mit dieser grundlegenden Sinnesänderung in breiten Volksschichten zur Frage der Erd- oder Feuerbestattung rechnet und wie schnell sie sich dem, veranlaßt durch den massenweisen Abgang ihrer Kirchenschafe, anzupassen weiß, das erkennt man an der Tatsache, daß die Synode Berlin neuerdings eine Feuerbestattungszuschußkasse gegründet hat und daß sie sich Zeitungsnachrichten zufolge sogar mit der Absicht trägt, ein eigenes Krematorium zu bauen. Um so mehr wird das Proletariat sich zukünftig mit größerem Eifer dem Kampf gegen Pfaffen- und Muckertum, gegen Kirche und Staat zu widmen und seine Stellung entsprechend zu wählen haben. So wenig auch sonst die Arbeiter nach dem sagenhaften 9. November die gehegten Erwartungen in geistiger und politischer Hinsicht erfüllt haben, so scheint jetzt doch immerhin der Zeitpunkt gekommen zu sein, an dem die Kirche einsehen muß, daß ihre Herrschaft ein für allemal vorbei ist.

Tanz um Baal.

Aus tausend Birnen flammt helles Leuchten.
Die Geigen singen, es braust durch den Saal.
Aus tausend Spiegeln grinst das Treiben von Verseuchten.
Die Scheine knittern haufenweis — man opfert Baal!

Süßer Düfte Rausch preßt mir die Kehle.
Ein Wiehern nur vernimmt mein Ohr.
Trittst du hier ein, dann lasse deine Seele
Zu Haus' — und gröhle mit im Chor!

Frech glotzen rotbemalte Fratzen —
Es dreht sich alles um mich her.
Proletenschweiß von Wochen — hier ein kleiner Batzen.
Vor meinen Augen wird es wüst und leer.

— — — — — — — — — — —

Eine Bombe her — und zwischen das Gesichter!
Brüder! Was?! Staunen zeigen eure Gesichter!

Wintersport.

Der Schlittensport, der heut getrieben wird, ist ein Kind des Gebirges. Im Gebirge hat schon der kleinste Bub, der sich kaum auf den Füßen halten kann, seinen Schlitten und saust auf ihm die Dorfstraße entlang. Ein Kistenbrett mit zwei Holzkufen genügt dem kleinen Kerl, um bäuchlings mit den Kameraden um die Wette seine einfache Bahn zu fahren. Dem Vater hat er seine Kunst abgesehen, der auf dem Hörnerschlitten mit Holz aus dem Bergwald gefahren kommt. Viel mehr Freude haben oft die Kleinen mit ihren selbstgezimmerten Schlitten, als die großen Modesportleute auf der eigens gebauten Rodelbahn. Und auch der Kleine stählt seinen Mut. Freilich, die Schnellzugsgeschwindigkeiten, die beispielsweise die Lenkschlitten auf der Cresta Ron bei St. Moritz, der berühmtesten, aber auch gefährlichsten Bahn, erreichen sie nicht. Dort stehen die Schlitten in den Kurven senkrecht an der Eiswand und ein Fehler im Lenken schleudert den Schlitten über den Rand hinaus und bedeutet den Tod. Leider ist der Rodler an Hang und Rodelbahn gebunden und kommt so nicht zu dem Genuß der Naturschönheiten, der sich dem Skiläufer bietet. Die Skisoprt ist nicht an besondere Bodenverhältnisse gebunden, überall kann man ihn ausführen! Der nordische Skiläufer erreicht auf der Eisfläche ohne Mühe ein außerordentlich schnelles Tempo. Viel schöner ist der Skilauf im Gebirge, der, reich an Naturschönheiten, dem Auge des Beschauers ein abwechslungsreiches Bild bietet und in steter Erinnerung an ihm haftet. Wer einmal mit den Skiern im deutschen Mittelgebirge gewandert ist, das fast durchweg durch besondere Wege dem Skisport erschlossen ist, wer einmal den Genuß der Abfahrt am steilen Hange gehabt hat, wer die seltsamen Bildungen der tiefliegenden Wolken im Winter verfolgt hat, durch die Nebelschwaden geglitten ist und über die einer fremden Märchenwelt zugehörig erscheinenden bizarren Formen vereister und schneeverwehter Felsen, Bäume und Stege erstaunt war, der wird so leicht vom Skisport nicht wieder lassen.

Jeder Wintersport ist urgesund. Für den Körper, der im Winter meist nicht so zur Ausarbeitung kommt wie im Sommer, tut es gut, wenn er hinauskommt in die kalte, reine klare Winterluft, und in die schöne Wintersonne, die den Schnee in tausend Funken schimmern und sprühen läßt. Und das Herz wird stark beim Sport. Der Mut und die Entschlußkraft wird gestärkt, wenn der Mann im Rodelschlitten zu Tal saust, wenn er auf Skiern die schwierigsten Abfahrten bewältigt, und wenn er im Segelschlitten in rasender Fahrt über die Seen fliegt. Darum sollte kein junger Bursche, und auch der Mädels sei hier nicht vergessen, bei Muttern hinterm Ofen hocken, sondern hinaus in Feld und Wald bei schönen Wintertagen und mit „Ski Heil" der Winterpracht entgegen.
Alfred Matzke.

*

Dabei dürfen die Arbeiterburschen und Mädels nicht vergessen, daß ihnen vorläufig noch die Bourgeoisie die Freuden des Wintersportes wie alle Freuden vorenthält. Arbeiterkinder werden dieser Dinge erst in vollem Maße dann teilhaftig werden, wenn der Kapitalismus gestürzt ist.

Darum, ihr Arbeiterburschen und Mädels, helft mit, diesen Sturz beschleunigen, reiht Euch in die Front Eurer kämpfenden Brüder und Schwestern ein, auf daß Ihr Euch die Welt erobert.

Drei Menschen

58 **Roman von Maxim Gorki**

Aber Ilja fiel ihm in den Arm, entriß ihm das Messer und warf es auf den Ladentisch, worauf er sagte:

„Da hat sich mal der Stier gegen die Fliege bewaffnet."

Pawel sprang vom Stuhl auf und wandte Ilja sein Gesicht zu. Seine Augen flammten vor Wut. Seine Züge waren ganz entstellt, und er zitterte an allen Gliedern. Gleich darauf sank er jedoch wieder auf den Stuhl zurück und sagte verächtlich:

„Dummkopf!"

„Und du bist mal klug!"

„Die Kraft liegt nicht im Messer, sondern im Arm."

„Was du sagst!"

„Und wenn mir die Arme abgehackt würden — verbluten muß sie! Mit den Zähnen beiß' ich ihr die Gurgel durch!"

„Sieh doch, wie fürchterlich er ist!"

„Rede mit mir nicht weiter, Ilja!" sprach Pawel jetzt wieder ruhiger. „Glaub's oder glaub's nicht — aber reize mich nicht! Das Schicksal hat mich schon genug gereizt."

„Aber so bedenk' doch mal, sonderbarer Kauz", redete Ilja sanft auf ihn ein.

„Zwei Jahre lang und länger hab' ich's schon bedacht, alles ist schon durchdacht. Uebrigens geh' ich jetzt. Was soll ich mit dir viel reden? Du bist ein satter Mensch, bist also für mich kein Umgang."

„So rede doch keinen Unsinn", schrie Lunew vorwurfsvoll.

„Ich bin hungrig an Seele und Körper."

„Ich wundere mich nur, wie die Menschen so sonderbar urteilen", sprach Ilja mit spöttischem Achselzucken. „Wie ein Stück Vieh betrachten sie das Weib, wie ein Pferd. Willst du mich ziehen — gut, dann gibt's keine Prügel, und willst du nicht, dann gibt's eins auf den Schädel! ... Aber zum Teufel, das Weib ist doch auch ein Mensch, hat auch seinen Charakter."

Pawel sah ihn an und lachte heiser.

„Und wer bin ich — bin ich kein Mensch?"

„Aber du mußt doch schließlich gerecht sein!"

„Geh' mir zu allen Teufeln mit deiner Gerechtigkeit", schrie Gratschow und sprang wütend vom Stuhl auf. „Sei du nur gerecht — einem Satten wird das leichter. Hast verstanden? Na, leb' wohl!"

Er verließ auch das Magazin und nahm in der Tür aus irgendeinem Grunde die Mütze vom Kopfe. Ilja sprang hinter dem Ladentisch hervor und eilte ihm nach, aber Gratschew schritt bereits auf der Straße daher, hielt die Mütze in der Hand und fuchtelte damit erregt in der Luft hin und her.

„Pawel!" rief Lunew. „So warte doch!"

Er blieb nicht stehen, sah sich auch nicht einmal um, sondern bog in eine Seitengasse ein und verschwand. Ilja ging langsam hinter den Ladentisch, und er fühlte, daß von den Worten des Kameraden sein Gesicht so heiß brannte, als hätte er in einen bis zur Rotglut erhitzten Ofen gesehen.

„Der kann aber böse werden", ließ sich Gawriks Stimme vernehmen.

Ilja lächelte.

„Wen will er denn totstechen?" fragte Gawrik, an den Ladentisch herantretend. Er hatte die Hände auf den Rücken gelegt, reckte den Kopf in die Höhe und war ganz aufgeregt.

„Seine Frau", sagte Ilja, und schaute den Knaben an.

Gawrik schwieg, dann nahm er eine geheimnisvolle Miene an und erzählte leise seinem Herrn:

„Und bei uns im Christi-Geburt-Viertel hat eine Frau ihren Mann mit Rattengift vergiftet. Ein Schneider war's, weil er so viel trank, darum tat sie's."

„Es kommt vor", sprach langsam Lunew, der immer noch an Pawel dachte.

„Und der da — wird er sie wirklich ermorden?"

„Laß mich, Gawrik!"

Der Junge drehte sich um, ging nach der Tür zu und sagte unterwegs:

„Warum heiraten sie denn, die dummen Teufel!"

Schon ergoß sich das abendliche Dämmerlicht in die Gasse, und in den Fenstern des gegenüber dem Lunewschen Laden gelegenen Hauses flammten die Lichter auf.

„Es ist Zeit zu schließen", sagte Gawrik leise.

Ilja schaute nach den erleuchteten Fenstern hinüber. Der untere Teil war mit Blumen verstellt, der obere durch weiße Stores verhüllt. Durch das Laub der Blumen sah man einen Goldrahmen an der Wand. Wenn die Fenster geöffnet waren, klangen aus ihnen die Töne einer Gitarre, Gesang und lautes Lachen auf die Straße. In diesem Hause wurde fast an jedem Abend gesungen, gespielt und gelacht. Lunew wußte, daß dort ein Mitglied des Bezirksgerichts, Gromow mit Namen, wohnte, ein korpulenter Herr mit rotem Gesicht und großem, schwarzen Schnurrbart. Seine Frau war gleichfalls eine üppige Gestalt, hellblond, mit sanften, blauen Augen; sie ging wie eine Märchenkönigin in der Straße umher, und wenn sie mit jemandem sprach, lachte sie immer. Dann wohnte bei Gromows noch eine unverheiratete Schwester des Mannes, ein schlankes, brünettes, schwarzhaariges Mädchen; sie war stets von einem Schwarm junger Beamten umgeben, die alle lachten und sangen und sich fast jeden Abend bei Gromow einkaufte, klagte über ihre Herrschaft, daß sie ihrer Dienerschaft fanden. Die Köchin der Gromows, die bei Lunew ihren Zwirn schlecht zu essen gebe und ihr den Lohn einbehalte.

„Auch wieder Leute, die einen guten Tag leben!" dachte Lunew.

„Es ist aber wirklich Zeit, zuzumachen", mahnte Gawrik zum zweitenmal.

„Mach' zu ..."

Der Junge schloß die Tür, und im Laden wurde es dunkel. Dann hörte man das Klirren des Schlosses.

„Wie im Gefängnis!" dachte Ilja für sich.

Die beleidigenden Worte seines Freundes über die Sattheit waren ihm wie ein Splitter ins Herz gedrungen. Er saß beim Samowar und dachte mit feindseligem Gefühl an Pawel; daß er imstande wäre, Wjera zu töten, mochte er durchaus nicht glauben.

„Ich hätt' mich nicht erst ihrer annehmen sollen", dachte Ilja. „Hol' sie der Kuckuck alle beide! Wissen selbst nicht zu leben und hindern noch andere daran."

Gawrik trank den Tee von einer Untertasse und baumelte unter dem Tisch mit den Beinen.

„Ob er sie jetzt schon totgestochen hat?" fragte er plötzlich seinen Prinzipal.

Lunew sah ihn finster an und sagte:

„Mach' rasch, trink und geh dann ins Bett!"

Der Samowar siedete und zischte, als wollte er vom Tisch herunterspringen. Durch das offene Fenster drangen aus dem Hofe des Nachbarhauses wütende Rufe:

„Afont! Ai — ifo — ont!"

Plötzlich blieb vor dem Fenster eine dunkle Gestalt stehen, und eine schüchterne, zitternde Stimme fragte:

„Wohnt hier nicht Ilja Jakowlewitsch?"

„Der wohnt hier", rief Gawrik, sprang vom Stuhl auf und eilte so rasch zur Ladentür, daß Ilja nicht imstande war, ihn nach der Ursache seiner Aufregung zu fragen.

„Das wird sie wohl sein", rief Gawrik im Flüsterton, während er sich an der Krampe der Tür festhielt.

„Wer denn?" fragte Ilja ihn halblaut.

„Na — die, die er totstechen wollte."

Gawrik öffnete die Tür, und in ihr erschien eine schlanke weibliche Gestalt in einem baumwollenen Umschlagtuche und einem Tüchlein auf dem Kopfe. Mit der einen Hand stützte sie sich gegen den Türpfosten, mit der anderen hielt sie die Enden ihres Kopftuches fest. Sie stand seitwärts gewandt da, als ob sie sogleich wieder weglaufen wollte.

(Fortsetzung folgt.)